

EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2023



Schluss mit unkontrollierter Zuwanderung 3

Kurswechsel in der Asylpolitik unumgänglich.



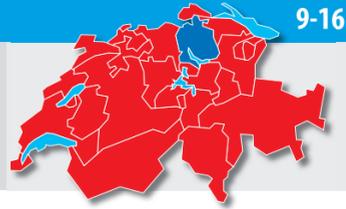
Stopp Genderwahn und Klimakleber 7

Reden, Schreiben, Essen: So will uns Links-Grün umerziehen.



Kanton Zürich 9-16

Alles Wissenswerte zu den National- und Ständeratswahlen.



Keine 10-Millionen-Schweiz!

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht?

Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Wollen wir einfach zuschauen, wie jedes Jahr rund 80'000 Personen zusätzlich in unsere kleine Schweiz kommen? **Wollen wir eine zubetonierte 10-Millionen-Schweiz?** Oder wollen wir wieder selber bestimmen, wer in unser Land kommt und wer nicht? So kann es nicht weitergehen oder unsere schöne Schweiz geht kaputt. Allein der Bund gibt dieses Jahr über 4 Milliarden Franken für

das Asylwesen aus. **Das sind 450 Steuerfranken, die jeder von uns bezahlen muss!** In einem Jahr!

Dazu kommen die Kosten in den Kantonen für Wohnungen, Krankenkasse, Sozialhilfe, Strafvollzug. Diese mehrheitlich jungen Asyl-Männer aus Afrika und arabischen Ländern leben auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Wollen wir das? Dabei können viele Schweizerinnen

und Schweizer ihre Krankenkassenprämien und Mieten kaum mehr bezahlen.

Klima-Kleber, Gender-Terror, links-grüner Verbotswahnsinn: **Radikale Minderheiten wollen uns vorschreiben, wie wir zu leben haben.** Ob wir noch Fleisch essen dürfen. Wo wir unsere Ferien verbringen. Sie wollen uns das Autofahren verbieten und keine Männer mehr auf Strassenschildern zulassen.

Sie versuchen, schon Kinder und Schüler mit ihren abstrusen Ideen zu beeinflussen. Dabei kann rund ein Viertel der Schulabgängerinnen und Schulabgänger nicht mehr richtig lesen, schreiben und rechnen.

Welche Schweiz wollen wir? Masslose Zuwanderung, Asyl-Chaos, Energiekrise, massiv steigende Preise, Wohnungsnot, Probleme an den Schulen,

zunehmende Gewalt auf den Strassen? Oder eine Schweiz, in der sich Frauen, Kinder und Jugendliche sicher und frei bewegen können, in der sich Arbeit lohnt, in der Asylschmarotzer und Kriminelle das Land verlassen müssen?

Wir als Volkspartei haben gewählt: Wir stehen ein für eine sichere Zukunft in Freiheit.



GREGOR
RUTZ
STÄNDERAT
FÜR ZÜRI

Für eine
sichere
Zukunft
in Freiheit

Liste 1



Andrina Trachsel,
Mutter von drei Kindern, Feuerthalen (ZH)

«Als Mutter von drei Kindern wünsche ich mir gute Schulen statt Gender-Wahn und eine Schweiz, die stolz auf ihre Traditionen und Werte ist. Dafür steht die SVP!»

Deshalb
wähle ich am
22. Oktober



Richtungswahl für eine sichere Zukunft in Freiheit

Ein erneuter Links-Rutsch muss am 22. Oktober unbedingt verhindert werden. Sonst geht unser schönes Land kaputt. Gewinnt die SVP, gewinnt die Schweiz.



Nationalrat **Marcel Dettling**,
Wahlkampfleiter SVP Schweiz, Landwirt,
Oberiberg (SZ)

um die SVP als stärkste Partei die verheerende links-grüne Politik nicht stoppen kann. **Die Erklärung:** Wir haben zwar die grösste Fraktion im Bundeshaus, können aber wenig ausrichten, solange die anderen Parteien von Links bis zur Mitte unter einer Decke stecken. Darum ist es entscheidend, dass wir neue Mehrheitsverhältnisse schaffen.

**Gehen Sie
am 22. Oktober wählen.
Für eine sichere Zukunft
in Freiheit.**



Mehr SVP, damit die Schweiz Schweiz bleibt.

In welche Richtung bewegt sich die Schweiz in den nächsten Jahren? Wollen wir eine Verbotsschweiz mit immer mehr Vorschriften, Bevormundung und Umerziehung? Wollen wir immer höhere Steuern und weniger Geld zum Leben? Wollen wir noch mehr Klimakleber auf den Strassen und noch mehr Gender-Tage an unseren Schulen? Wollen wir weiterhin eine ungebremste Zuwanderung, das totale Asylchaos und eine 10-Millionen-Schweiz? Das alles – und noch viel mehr – passiert, wenn die Linken und Grünen im Herbst erneut triumphieren.

Zu diesem Katastrophenszenario gibt es nur eine Alternative: Die SVP muss gestärkt werden. Besorgte Bürger fragen mich manchmal, war-

Das droht bei einem Wahlsieg von Links-Grün

Asylchaos ohne Ende

Offene Grenzen, noch mehr Asylschmarotzer und zusätzliche Milliardenkosten: Das blüht uns bei einem Wahlsieg der Linken. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider will sogar Asylanten direkt in die Schweiz einfliegen. Ihre Partei, die SP, fordert die Aufnahme von Asylmigranten aus aller Welt unabhängig vom Asylstatut – aber mit vollem Zugang zu unserem Sozialstaat.

Klima- und Verbotswahn

Die links-grüne Klimapolitik ist ein Desaster: Wir haben zu wenig Strom und die Energiepreise explodieren. Das sogenannte «Klima-Gesetz» haben die Befürworter mit der Lüge durchgebracht, es werde keine Verbote und neue Abgaben geben. Noch am Abstimmungssonntag liessen Cédric Wermuth (SP) und Balthasar Glättli (Grüne) die Maske fallen und kündigten umgehend neue Verbote an.

Ausverkauf der Heimat

Gewinnen die Linken und Grünen die Wahlen, werden sie die Schweiz in die EU und in die Nato führen. Die Neutralität wollen sie abschaffen und Schweizer Waffen und Munition in Kriegsgebiete liefern. Damit gefährden sie unsere Sicherheit, unseren Frieden und unsere Stabilität – und verkaufen unsere Heimat. Dem gilt es entschieden entgegen zu treten. Kämpfen wir für eine sichere Zukunft in Freiheit.

Mit der SVP die Sicherheit stärken

In Europa herrscht Krieg. Doch die Armee kann die Schweiz nicht mehr verteidigen. Auch die innere Sicherheit ist in Gefahr. Nur wer die SVP wählt, macht unser Land wieder sicher.



Ständerat **Werner Salzmann**, Präsident
der Sicherheitspolitischen Kommission
des Ständerates (SIK-S), Mülchi (BE)

Was für ein böses Erwachen! Es herrscht wieder Krieg in Europa – mit Infanterie-Waffen, Panzern, Artillerie und Kampfflugzeugen.

Der Schock sitzt tief. Aber es ist ein heilsamer Schock. Nun ist endlich auch dem Hintersten und Letzten klar, dass mit dem Mauerfall von 1989 nicht der ewige Friede ausgebrochen ist.

Kriege, auch konventionelle, sind jederzeit möglich. Darauf muss die Schweiz vorbereitet sein.

Armee wurde kaputtgespart

Die Armee wurde in den vergangenen Jahrzehnten systematisch kaputtgespart. Sie hat ihre Verteidigungsfähigkeit eingebüsst. 1990 wurden noch 1,6% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in die Armee investiert, 2019 waren es nur noch 0,7%. Wir geben heute mehr Geld aus für das Asylwesen als für die Landwirtschaft.

Das muss schleunigst korrigiert werden, wie es die SVP als einzige Partei seit Jahren fordert. Das Parlament ist endlich erwacht und will bis 2030 das Armeebudget wieder auf mindestens 1% des BIP erhöhen. Ein wichtiger und notwendiger Schritt, damit die Armee die Vollausrüstung der bestehenden Strukturen erreicht und Planungssicherheit für die Erneuerung der Systeme erhält.

Die Schweiz ist kein sicheres Land mehr

Nicht zu vernachlässigen ist auch die innere Sicherheit. Die Kriminalität ist stark angestiegen. Einbrüche, Diebstähle, Gewalt, Drohungen, Vergewaltigungen, Randalen wie kürzlich in Lausanne, die importierte Ausländerkriminalität haben die Schweiz

unsicher gemacht. Mit der Preisgabe der Neutralität gefährden wir Frieden und Stabilität zusätzlich.

Dieser sicherheitspolitische Schlendrian muss ein Ende haben. Das können wir nur erreichen, wenn wir am 22. Oktober die SVP wählen. Für eine sichere Schweiz!



Editorial

Welche Schweiz wollen wir?



**Liebe Schweizerinnen
Liebe Schweizer**

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht? Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Ich mache mir Sorgen. Im Juni kamen meine Frau und unser Sohn abends nach Hause. Im Garten befanden sich zwei Nordafrikaner. Sie hatten bereits das Auto ausgeräumt. Die Männer waren aus der nahen Asylunterkunft.

Das ist nur einer von vielen Vorfällen in der Schweiz. Wir von der SVP kritisieren schon lange: Diese Leute haben nichts mit Asyl zu tun. Sie kommen mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Bei der grossen Mehrheit handelt es sich um junge Männer aus afrikanischen und arabischen Ländern. Sie suchen sich ihr Asyl-Land aus. Zum Beispiel die Schweiz. Weil sie wissen: Hier gibt es Sozialleistungen und sie können bleiben – dank der linksgrünen Asyl-Industrie. Wer diese Missstände ändern will, wählt SVP.

Unser Wohlstand ist nicht selbstverständlich

Ich mache mir Sorgen um unsere Schweiz. Jedes Jahr kommen rund 80'000 Personen zusätzlich in unser Land. Das entspricht der Bevölkerung des Kantons Schaffhausen oder des Kantons Jura. Man stopft jedes Jahr zusätzlich 80'000 Menschen in unser kleines Land. Ich frage Sie: Wollen wir eine 10-Millionen-Schweiz? Noch mehr Beton? Noch mehr Kriminalität? Staus? Kaum mehr bezahlbare Wohnungen? Klassenzimmer ohne Schweizer Kinder?

Welche Schweiz wollen wir? Wir leben in einem wunderbaren Land. Aber unser Wohlstand, unsere Sicherheit, unsere Freiheit sind nicht selbstverständlich. Als Präsident der SVP kann ich Ihnen versichern: Wir setzen uns für die Schweiz ein. Wir lassen uns auch nicht einschüchtern und nennen Probleme beim Namen.

Wir setzen uns für all jene ein, die etwas leisten in unserem Land und Verantwortung übernehmen. Sei es im Beruf oder in der Familie und für sich selbst. Tragen wir gemeinsam Sorge zu unserer Heimat.

Mit besten Grüßen



Marco Chiesa
Ständerat und Präsident
der SVP Schweiz, Ruvigliana (TI)

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'231'479 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

**Für eine sichere
Zukunft in Freiheit
SVP wählen!**



Die unkontrollierte Zuwanderung zerstört die Zukunftschancen unserer Kinder!

So sieht der Alltag in vielen Klassenzimmern in der ganzen Schweiz aus. Beispiel einer Schulklasse mit 24 Schülerinnen und Schülern in einer Realschule: 1/3 der Schüler hat Sprachprobleme, 1/3 Lernstörungen, 1/3 ist verhaltensauffällig oder verweigert häufig jede Kooperation. So ist sinnvolles Unterrichten und Lernen nicht mehr möglich. Darunter leiden alle leistungsbereiten Kinder, denn ihnen wird damit eine gute Ausbildung verunmöglicht!

Aus dem Leben von Lehrpersonen in der Schweiz

Schweizer Kinder in Minderheit 11.00 Uhr

In Genf sind 45% der Schülerinnen und Schüler fremdsprachig. Im Aargau haben 68% der Kinder unter 7 Jahren einen Migrationshintergrund.

Krisensitzung statt Mittag 12.00 Uhr

Schulleitung, Schulpsychologin und Polizei – eine Schülerin hat einen Schweizer Freund und wird von ihrer Familie bedroht.

Ein Viertel kann nicht richtig lesen 13.45 Uhr

Gemäss PISA-Studie kann ein Viertel der Schweizer Schüler nicht richtig lesen und versteht Textaufgaben nicht. Besonders in Klassen mit hohem Migrationsanteil.

Verdacht auf Zwangsehe 10.15 Uhr

Nach den Sommerferien erscheint ein türkisches Mädchen nicht mehr im Unterricht. Offenbar wurde sie in ihrer Heimat verheiratet.

Tausende Heilpädagogen 15.00 Uhr

A. fehlt – er hat einen Termin vor Jugendgericht. Erziehungsberatung und Psychiater sind eingeschaltet. Einweisung in Wohngruppe beantragt. Kosten muss Gemeinde übernehmen. In der Schweiz gibt es rund 6000 Heilpädagogen. Dazu kommen Logopädinnen, Förderlehrer für fremdsprachige Kinder, Schulpsychologinnen usw.

Schüler schlägt Lehrer 9.30 Uhr

Ein Sek-Schüler in Pruntrut ist während des Unterrichts eingeschlafen. Als er geweckt wird, schlägt der Jugendliche dem Lehrer mit voller Wucht ins Gesicht. Jede zweite Lehrperson im Kanton Jura hat bereits Gewalt erlebt.

Verbot von Weihnachtsliedern 16.30 Uhr

Mail an alle Lehrpersonen: Die Schulleitung verbietet christliche Weihnachtslieder. Aus «Rücksicht gegenüber anderen Kulturen und Religionen».

Integration um jeden Preis 7.45 Uhr

Alle werden in eine Klasse gestopft: Kinder mit Behinderungen, Problemschüler, fremdsprachige Kinder. Diese linksgrüne Ideologie der Gleichmacherei («Inklusion») macht die anderen Schüler zu Bildungs-Verlierern.

Desinteressierte Eltern 19.00 Uhr

Mutter von D. wieder nicht zur Sprechstunde erschienen. Somali-Dolmetscher wieder vergebens aufgebeten – bezahlen müssen wir ihn trotzdem.

Asylpolitik: Kurswechsel ist unumgänglich

Bald 40'000 Asylgesuche, überlastete Gemeinden und überforderte Behörden: Die Situation im Migrationsbereich ist desolat. Selbst die EU diskutiert eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Doch in Bundesbern bewegt sich nichts. Wann übernimmt der Bundesrat endlich Verantwortung?



Nationalrat und Ständeratskandidat **Gregor Rutz**, Mitglied Staatpolitische Kommission, Zürich (ZH)

Die weltweiten Migrationsbewegungen nehmen massiv zu. Hunderttausende strömen nach Europa. Wer so weit reist, tut dies meist aus ganz klaren Gründen. Diese Zuwanderer stossen zwar auf der Asylschiene zu uns, sind aber Wirtschaftsmigranten. Sie hoffen auf bessere Perspektiven und mehr Wohlstand. Und sie wissen: Wer einmal in der Schweiz ist, kann hier bleiben. Auch ohne Asylgrund werden sie nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt. Dauerhafter Aufenthalt in Europa ist garantiert – soziale Hängematte inklusive.

Wer einmal hier ist, kann bleiben

In den letzten 20 Jahren wurden 100'690 Personen trotz abgelehntem Asylgesuch «vorläufig aufgenommen». Fast alle sind noch hier: rund 7'000 haben sogar den Schweizer Pass erhalten! Die meisten Asilmigranten bleiben für immer hier – und unser Asylsystem bietet die Voraussetzungen dazu.

Die Behörden schauen weg und tun nichts, um diese Fehlentwicklung zu korrigieren. Seit Jahren geben wir enorme finanzielle Mittel für den Vollzug des Asylrechts aus, können aber kaum beeinflussen, wer in die Schweiz kommt: «Damit gelangen Personen zu einem kürzeren oder längeren Aufenthalt in die Schweiz, die man eigentlich mit Blick auf den Arbeitsmarkt und auf ihren gesellschaftlichen Hintergrund gar nicht hier haben möchte» (NZZ, 12.2.2003). In einem Satz: Es kommen zu viele und die Falschen.

Neuausrichtung der Asylpolitik

Mit verfahrenstechnischen Änderungen sind die Probleme im Mi-

grationsbereich nicht mehr zu bewältigen. Unsere Gesetze sind veraltet. Wir müssen grundsätzlich umdenken. Potenzielle Migranten dürfen keinen Anreiz mehr haben, nach Europa zu kommen. Dazu gehört die Auslagerung von Asylverfahren.

Die EU will die Verfahren künftig an der Schengen-Aussengrenze durch-

führen. Ob dies reicht, ist fraglich. Erfolgsversprechender scheint der Weg Grossbritanniens, sämtliche Verfahren in Ruanda abzuwickeln. So will die britische Regierung illegale Einwanderer von der Überfahrt auf dem Ärmelkanal abschrecken. Auch die Schweiz muss die Auslagerung der Asylverfahren angehen. Nur so können wir das kriminelle Schlepper-

wesen und den organisierten Menschenhandel stoppen.

Wenn wir konsequent die Hilfe vor Ort ins Zentrum rücken, kann Bedürftigen gezielter geholfen werden. Hilfe und Schutz bedeuten nicht gleichzeitig Aufnahme – von dieser überholten Annahme gilt es sich zu lösen.

Asylbewerber vergewaltigt Frau (46) in Basler WC-Anlage

Im Februar soll sich ein Mann aus Ostafrika in einer öffentlichen Toilette in Basel an einer betrunkenen Frau vergreifen haben. Unfassbar: Da der Beschuldigte bereits wegen sexueller Belästigung verurteilt wurde, hätte er sich gar nicht im Kanton aufhalten dürfen.



Quelle: Blick, 10. Juli 2023

Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am **22. Oktober** **SVP**
Die Partei des Mittelstandes

Die masslose Zuwanderung der letzten 15 Schweizer Bevölkerung in fast allen Leben

Zubetonierung der Landschaft

Die Zubetonierung unserer Landschaft geht einher mit einem massiven Verlust von Landwirtschaftsflächen. Täglich werden in der Schweiz 9 Fussballfelder neue Siedlungsflächen überbaut. Gleichzeitig verschwinden jeden Tag 13 Fussballfelder an Wiesen und Landwirtschaftsland. Das führt zu einer Zersiedelung – und zu einer Schwächung der Versorgungssicherheit mit einheimischen und gesunden Nahrungsmitteln.

Für jeden sichtbar ist die dramatische Veränderung der Schweiz in wenigen Jahrzehnten. Das Mittelland ist in weiten Teilen einer Überbauungsorgie zum Opfer gefallen. Kein Wunder, wenn die Bevölkerung pro Jahr um rund 80'000 Personen wächst – hauptsächlich aufgrund der masslosen Zuwanderung. 80'000 Personen mehr pro Jahr heisst: Man stopft jedes Jahr den Kanton Schaffhausen zusätzlich in die Schweiz – und wundert sich über verschwindende Grünflächen. Es wird eng, laut und grau in unserem Land.



Überlastetes und teures Gesundheitswesen

Auch hier sorgt die masslose Zuwanderung für steigende Kosten. Die 180'000 Personen, die letztes Jahr zusätzlich in die Schweiz gekommen sind, beanspruchen Ärzte, Zahnärzte, Spitäler, Altersheime und so weiter. Damit ist auch klar: Der Fachkräftemangel, namentlich im Gesundheitswesen, ist selbstverschuldet.

Kostenanstieg Prämien 2000 bis 2020



Energie- und Stromverbrauch

Mehr Leute bedeutet mehr Stromverbrauch, das heisst höhere Strompreise. Hinzu kommt: Jede durch die jährliche Zuwanderung «neu entstehende Stadt» muss mit Energie und Strom versorgt werden. Diese Leute brauchen Strom, fahren Auto, wollen in einer geheizten Wohnung leben. Wie der gewaltige Strom-Mehrbedarf gedeckt werden kann, ist völlig unklar.



Explodierende Sozialkosten

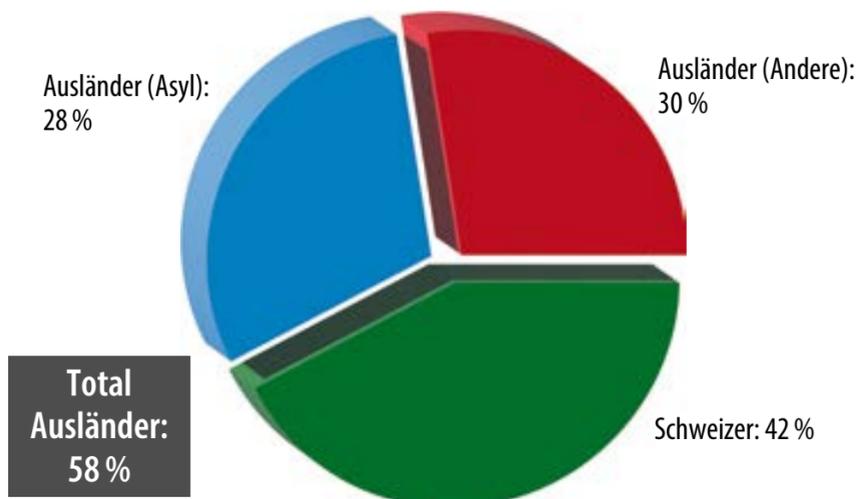
Die Ausländer beziehen viel häufiger Arbeitslosengelder und Sozialleistungen. Es findet eine milliardenteure Einwanderung in den Schweizer Sozialstaat statt. Allein die Zahl der Sozialhilfebezüger aus Afrika ist in den letzten Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt 34,6 Prozent. Oder anders gesagt: Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt auf Kosten der Allgemeinheit.

Ausländer und insbesondere Asylsuchende/Flüchtlinge liegen dem Staat um ein Vielfaches mehr auf der Tasche als Schweizer. Ein Viertel aller «Schweizer» Sozialfälle verfügt über eine B-Bewilligung (hauptsächlich anerkannte Flüchtlinge mit B-Bewilligung).

37'000 Sozialhilfe-Bezüger sind «vorläufig aufgenommene» Asilmigranten mit negativem Asylentscheid. Das heisst: Jeder 8. Sozialhilfebezüger hätte eigentlich kein Recht, sich in der Schweiz aufzuhalten und dann noch auf Kosten der Allgemeinheit zu leben.

Auch bei der Arbeitslosenkasse zeigt sich das gleiche Bild. Im November 2022 waren praktisch gleich viele Ausländer (49,4 Prozent) arbeitslos wie Schweizer (50,6 Prozent). Ausländer sind also bei der Arbeitslosenkasse krass übervertreten: Ausländer sind doppelt so häufig arbeitslos wie Schweizer.

Sozialhilfebezüger nach Aufenthaltsstatus, 2021



Bildungsniveau sinkt

Schweizer Kinder werden zur Minderheit. Rund die Hälfte aller 15jährigen in der Schweiz haben einen Migrationshintergrund. Mehr als in jedem anderen Industrieland der Welt. Selbst das klassische Einwanderungsland Australien liegt deutlich zurück, geschweige denn Deutschland (28%) oder Frankreich (27%). Eine Auswertung im Kanton Aargau zeigt, dass 2021 68% der Kinder unter 7 Jahren in einem Haushalt mit Migrationshintergrund aufwachsen. Die Geburtenrate von Eritreerinnen liegt 4- bis 5-mal höher als von Schweizerinnen. In vielen Schweizer Schulklassen liegt der Anteil der Kinder, die nicht eine der Landessprachen sprechen, bei über 50%. Studien besagen, dass ab einem Anteil von 30% fremdsprachiger Kinder ein qualitativer Schulunterricht kaum mehr möglich ist. Gemäss der PISA-Studie von 2019 können ein Viertel der Schüler nicht richtig lesen und verstehen Textaufgaben nicht mehr.



Schweiz:
50% Schüler mit Migrationshintergrund
Deutschland:
28% Schüler mit Migrationshintergrund
Frankreich:
27% Schüler mit Migrationshintergrund

Infra
 Die Staus
 fünffacht!
 die Schwe
 stoffpreise
 ihrer Anti-
 lichen Ver
 Anschlag.



Jahre hat die Lage für die sbereichen massiv verschärft:

Wohnungsnot

Aufgrund der ungebremsen Zuwanderung gibt es kaum mehr freie und bezahlbare Wohnungen in unserem Land. Darunter leiden besonders Normalverdiener, Familien, Alleinerziehende und Senioren.



**Netto-Zuwanderung EU, Drittstaaten, Asyl und Schutzstatus 2022:
plus 180'000 Personen in einem Jahr!**

**Dazu kommen 52'000 illegale Einreisen.
Hauptsächlich aus Afghanistan und Nordafrika.
Niemand weiss, wo sich diese Personen
inzwischen befinden.**

Importierte Gewalt und Kriminalität

In der Kriminalstatistik – auch bei schweren Delikten – und in den Gefängnissen sowie bei häuslicher Gewalt sind Zuwanderer gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung überproportional vertreten.

So zeigt eine im September 2022 publizierte Studie der Universität Zürich, dass die sexuellen Übergriffe auf Mädchen in Sek-B-Klassen massiv angestiegen sind. Studienautor Denis Ribeaud vermutet laut «20 Minuten», dass der Anstieg der Gewalt auch mit dem hohen Migrationsanteil in den Sek-B-Klassen zusammenhänge. «Die fehlende Durchmischung spielt zweifellos eine Rolle», sagte Ribeaud auch in einem Interview mit der Sonntagszeitung. «Wenn an einer Schule die patriarchal geprägten Normen dominieren, wie häufig im migrantischen Milieu, dann gehen damit gewisse Haltungen einher.»

Die Schweiz hatte einst einen legendären Ruf als sicheres und stabiles Land. Heute zeigt sich immer mehr die hässliche Fratze der importierten Gewalt und Kriminalität. Wir haben es mit einem doppelten Problem zu tun: Die linksgrünen Parteien unterstützen die von Schlepperbanden organisierte Asylumigration in die Schweiz. Bundesbern verhindert die vom Volk angenommene Initiative zur konsequenten Ausschaffung krimineller Ausländer. Diese toxische Verbindung führt zu einer «neuen Normalität» in unserem Land:

71 % der Insassen in Schweizer Gefängnissen sind Ausländer. In Europa: 15 %

56 % der Tötungsdelikte begehen Ausländer. Tätersuche, Strafverfahren, Inhaftierung und Opferhilfe kosten Milliarden.

57 % der Vergewaltigungen werden durch Ausländer und Asylanten verübt. Viele Frauen trauen sich nachts nicht mehr auf die Strasse.

Strukturen am Anschlag

Stunden auf den Strassen haben sich innert 20 Jahren verdoppelt. Doch statt endlich die Zuwanderung zu steuern, werden Treiber Autofahrer mit noch mehr Abgaben und höheren Treibstoffen abgezockt. Die Linken und ihre Klima-Kleber sorgen für Auto-Politik für noch mehr Verkehrschaos. Auch beim öffentlichen Verkehr kommen wir wegen der masslosen Zuwanderung an den



Wohlstandsverlust

Der Wohlstand der Schweizer Bevölkerung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf – wächst kaum noch seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007.

Oder anders ausgedrückt: Der Kuchen wird zwar leicht grösser, aber er muss für immer mehr Personen reichen.

Die Klage über den «Fachkräftemangel» in der Schweiz ist gross. Dabei wird vergessen, dass ein Grossteil der Zuwanderer gar keine Fachkräfte sind. Es dominieren Familiennachzügler und Unqualifizierte. «Vier von fünf Zuzüglern sind keine Fachkräfte», titelte die «NZZ am Sonntag». Sie beruft sich dabei auf eine Studie der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion. Demnach arbeiten im Schweizer Durchschnitt nur knapp 20 Prozent der seit 2007 (volle Personenfreizügigkeit) eingewanderten Personen in einem Beruf, wo ein Mangel an Fachkräften herrscht. Bei den Grenzgängern ist sogar nur jeder Sechste ein gesuchter Spezialist. Statt dringend be-

nötigte Informatiker, Ärzte oder Informatiker führen Ungelernte ohne genügende Sprachkenntnisse die Berufsliste der Einwanderer an. Zusätzlich kritisch ist die Lage beim Familiennachzug: In den Jahren

2020 und 2021 waren es je über 40'000 Personen. **Eine an den Bedürfnissen der Schweiz und ihrer Wirtschaft ausgerichtete Migrationspolitik sieht definitiv anders aus.**



Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz



Nationalrat
Manuel Strupler,
Gartenbauunternehmer und
Landwirt,
Weinfelden (TG)

Als Gartenbauer, Landwirt und Familienvater mache ich mir Sorgen: Die Schweiz wird zubetoniert. Dieses unkontrollierte Bevölkerungswachstum ist für unser kleines Land nicht mehr verkraftbar.

Allein im letzten Jahr sind netto über 180'000 Personen in die Schweiz zugewandert. Das entspricht der Stadt Basel! Dieses Bevölkerungswachstum ist weder nachhaltig noch sinnvoll. Infrastruktur, Schulen, Wohneigentum, Landwirtschaftsflächen, Natur und Energieversorgung stehen vor dem Kollaps.

Darum haben wir die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» lanciert. Bei dieser wichtigen Initiative bin ich im Co-Präsidium und zähle auf Ihre Unterstützung. Wir wollen eine Zuwanderung, die wir wieder selber steuern können. Aber keine Zuwanderung, die mehr Verlierer als Gewinner produziert. Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz. Für unsere Kinder und Enkelkinder. Deshalb bitte ich Sie: Unterschreiben Sie noch heute den beigelegten Unterschriftenbogen und motivieren Sie auch Ihr Umfeld dazu.

Jetzt! Nachhaltigkeits-Initiative unterschreiben: Stopp der 10-Millionen-Schweiz



Thomas Matter,
Nationalrat,
Mitglied des
Initiativ-Komitees

Infolge der unkontrollierten Zuwanderung in unser Land droht uns demnächst eine 10-Millionen-Schweiz. Die regelrechte Bevölkerungsexplosion überfordert unsere Infrastrukturen zerstört unsere Natur und treibt die Mieten noch mehr in die Höhe. Nach dem Zustrom von über 180'000 Menschen in einem einzigen Jahr muss jetzt endlich gehandelt werden. **Unterschreiben Sie noch heute die dieser Zeitung beigelegte Volksinitiative.**



«Unsere Kinder sind die grössten Verlierer der missratenen links-grünen Asylpolitik»

Die Gemeinden werden von Asylanten überflutet. Nationalrätin und Gemeinderätin Martina Bircher sagt im Interview, was das kostet und welche Probleme so entstehen. Die Situation kann sich nur verbessern, wenn es nicht mehr möglich ist, in der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen.



Nationalrätin **Martina Bircher**, Aarburg (AG)

Sie sind Sozialvorsteherin in der Gemeinde Aarburg (AG). Haben Sie noch freie Plätze für Asylbewerber?

Nein, durch die kantonale Asylunterkunft übertreffen wir unser Soll schon seit Jahren und haben nicht die Absicht, zusätzliche Plätze zu schaffen.

Wie viele Asylanten müssen Sie betreuen und wie viele davon sind echte Flüchtlinge im Sinne des Gesetzes?

Mit dem beschleunigten Asylverfahren werden den Gemeinden vorwiegend vorläufig aufgenommene Ausländer zugeteilt. Wir müssten 60 Personen aufnehmen, zusammen mit den Personen mit Status S sind es insgesamt 130. Dazu kommen noch alle die Personen, welche der Bund als Flüchtlinge anerkennt, insbesondere Eritreer. Diese haben freie Wohnungswahl, davon haben wir nochmals 200 Personen.

Wie viele davon sind Familien, wie viele junge Männer?

Bei den Personen, welche über die Asylschiene in die Schweiz kommen,

sind es vorwiegend Männer. Da der Bund aber an 40% den Flüchtlingsstatus verteilt und weiteren 20% die vorläufige Aufnahme, kommen die Frauen und Kinder zeitverzögert in die Schweiz mittels Familiennachzug.

Wie viele dieser Personen leben von der Sozialhilfe?

80 bis 90% leben von Sozialhilfe, nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig. Unser Sozialsystem garantiert jedem eine Wohnung inkl. Nebenkosten, Krankenversicherung, Franchise, Selbstbehalt, weitere Gesundheitskosten (z.B. Zahnarzt), Geld für den Lebensunterhalt sowie situationsbedingte Leistungen wie Möbel, ÖV etc. Wir haben viele Fälle, welche schon über eine ¼ Million Franken gekostet haben.

Wie viel mussten die Steuerzahler für den teuersten Fall aufwenden?

Wir hatten einmal eine eritreische Frau mit 4 Kindern im Mutter-Kind Heim, das kostete 25'000 Franken pro Monat. Wenn sich die KESB einschaltet, und das ist leider oft der Fall, wird es ganz teuer. Für 130 bis 150 Franken pro Stunde wird den Ausländern beigebracht, wie sie einkaufen oder wie sie ein Znüni für die Schule machen müssen. Wenn es zu einer Fremdplatzierung kommt, sprechen wir von Kosten zwischen

7'000 und 15'000 Franken pro Monat und Kind. All das ordnet die KESB an, die Gemeinde muss es dann einfach zahlen.

Finden die Asylanten eine Arbeit?

Leider ist das schwierig. Diese Personen kommen oft aus fremden Kulturen, haben kaum Schulbildung, die Arbeitgeber warten nicht auf diese «Fachkräfte». Erschwerend kommt hinzu, dass viele sehr viele Kinder haben. Selbst wenn sie einen Job finden, können wir sie nicht von der Sozialhilfe abmelden.

In vielen Schulen gibt es kaum mehr Kinder ohne «Migrationshintergrund». Wie ist die Situation in Ihrer Gemeinde?

Nach den Sommerferien führen wir Deutsch-Frühförderung ein, weil die meisten Kinder beim Kindergarten eintritt kein Wort Deutsch können. Pro Jahrgang haben wir jeweils 100 Kinder, 50 Schweizer und 50 Ausländer. Leider haben über 50% einen Deutsch-Frühförderbedarf. Das bedeutet, dass selbst bei eingebürgerten Eltern mit den Kindern zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird. Es gibt unzählige Studien, die belegen, dass ab einem Anteil von mehr als 30% Nicht-Deutschsprechenden ein qualitativer Schulunterricht nicht möglich ist. Unsere eigenen Kinder sind die grössten Verlierer dieser verfehlten Asyl- und Einwanderungspolitik.

«80 bis 90% aller Asylanten leben von Sozialhilfe. Nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig.»

Sie fordern eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Was meinen Sie damit konkret?

Würde Schengen-Dublin funktionieren, hätte die Schweiz, umgeben von sicheren Staaten, kein einziges Asylgesuch. Heute ist es aber so, dass 60% legal in der Schweiz bleiben dürfen, weil der Bund sie nicht zurückweist. Weitere 20%

bleiben da, obwohl sie gehen müssten, und nur 20% werden effektiv ausgeschafft. Sprich: Wer das Zauberwort «Asyl» sagt, bleibt zu 80% in der Schweiz. Daher müssen wir das System komplett ändern: In der Schweiz darf es gar nicht mehr möglich sein, ein Asylgesuch zu stellen, dies muss in einem Drittstaat geschehen.

Nichtintegration wird belohnt!

Was uns die links-grüne Asyl-Sozial-Industrie kostet:

Direktausgaben der Gemeinden im Aargau am Beispiel einer 4-köpfigen-Familie, die Sozialhilfe bezieht (alle Beträge steuerfrei!).

	Grundbedarf für 4 Personen	26'472.00 CHF
	Wohnung	16'800.00 CHF
	Haftpflichtversicherung	170.00 CHF
	Hausrat	245.00 CHF
	AHV-Beiträge	956.00 CHF
	Zahnarztkosten	3'500.00 CHF
	Selbstbehalt	2'100.00 CHF
	Franchise	600.00 CHF
	Brille	150.00 CHF
	Schullager	150.00 CHF

Weitere Kosten

	Beschäftigungs-/Integrationsprogramm	7'200.00 CHF
	Deutschkurs	3'500.00 CHF
	Krankenkassenprämien	11'920.00 CHF
	Personalaufwand, Administration	2'200.00 CHF

Einnahmen

	Kinderzulagen	4'800.00 CHF
---	---------------	--------------

Total Kosten

		75'963.00 CHF
---	--	----------------------

Asyl-Chaos: teuer, gefährlich, ungerecht

Zehntausende junge Männer kommen aus der ganzen Welt mit kriminellen Schlepperbanden in die Schweiz. Die Kantone müssen für viel Steuergeld Wohnungen mieten und stellen sogar Schweizer Mieter auf die Strasse. Die Kosten explodieren: Allein auf Bundesebene werden über 4 Milliarden Franken – fünf Prozent aller Bundesausgaben – dafür verwendet! Diebstähle, Gewalttaten, Belästigungen, Unsicherheit nehmen massiv zu.



Nationalrat **Thomas Aeschi**, Fraktionspräsident und Nationalrat SVP, Baar (ZG)

Das Chaos in der Asylpolitik belastet die Schweizer Bevölkerung. Jedes Jahr kommen Zehntausende Asyl-Migranten mit Hilfe von kriminellen Schlepperbanden in unser Land. Die Folgen dieser verantwortungslosen Politik sind fatal: Zu viele Asyl-Migranten

kommen aus frauenunterdrückenden Kulturen, sind kriminell und schlecht oder gar nicht ausgebildet – kurz: Sie sind kaum integrierbar.

Jeder dritte Afrikaner bezieht Sozialhilfe

Die Zahl der Sozialhilfebezügler aus Afrika ist in den letzten Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt sagenhafte 34,6 Prozent! Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt also auf Kosten von uns Steuerzahlern.

Junge Männer aus Afrika, Afghanistan, dem Nahen Osten usw.

Aus der ganzen Welt kommen junge Männer mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Sie reisen durch

Eritreer ersticht Mann

«Messerstecherei in Solothurn endet tödlich – beim mutmasslichen Täter handelt es sich um einen Eritreer.»



Quelle: Blick, 02.08.2023/ Symbolbild

sichere Länder und suchen sich das beste Asyl-Land aus: zum Beispiel die Schweiz. Warum? Sie können hier auf Kosten der Allgemeinheit leben und werden kaum in ihr Herkunftsland zurückgeschafft. Das sorgt für enorme Kosten und Probleme bei unseren Sozialwerken, im Gesundheitswesen, in den Schulen sowie bei Polizei und Justiz.

Wer einmal in der Schweiz ist, bleibt hier

Das Asyl-Chaos zeigt sich auch im Vollzug. Das gilt insbesondere für die sogenannten «vorläufig Aufgenommenen». Sie müssten eigentlich die Schweiz verlassen, können aber angeblich nicht ausgeschafft werden. Zwischen 2011 und 2021 erhielten 65'126 Personen eine vorläufige

Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am
22. Oktober



Aufnahme. Nur gerade 112 von ihnen mussten in diesen zehn Jahren tatsächlich die Schweiz verlassen. Der Rest bleibt hier und lebt in der Regel auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung oder taucht unter.

Dieses Asyl-Chaos muss endlich gestoppt werden!

2023: über 4 Milliarden Franken Kosten beim Bund allein! Pro Kopf und Jahr macht dies 450 Steuerfranken bzw. für eine 4-köpfige Familie 1'800 Franken

Asylausgaben Bund 2021:
Asylausgaben Bund 2022:
Asylausgaben Bund 2023 (Budget):

rund 1,5 Milliarden Franken
rund 2,4 Milliarden Franken
über 4 Milliarden Franken

Nein zum Gender-Wahn – Ja zur Freiheit

Ärgern Sie sich auch über all die neuen Schreibarten mit Doppelpunkten, Sternchen und anderen Symbolen? Unter dem Deckmantel der Toleranz will uns links-grün vorschreiben wie wir zu reden, zu denken und zu handeln haben. Die immer extremeren Forderungen greifen unsere freiheitlichen Werte an. Dieser Entwicklung müssen wir entschieden entgegenreten.



Ständerätin **Esther Friedli**, Gastronomin, Ebnat-Kappel (SG)

Seit einiger Zeit hören wir immer wieder Begriffe wie «Gender», «Wokeness» und «Cancel Culture». Unter diesen Begriffen können sich viele von uns nichts vorstellen oder denken sich dabei nichts Böses. Doch was harmlos tönt, ist in höchstem Masse beunruhigend. Entstanden sind diese Begriffe an amerikanischen Universitäten von Menschen, die sich zu den Eliten zählen und sich als tolerant und links bezeichnen.

Die konkreten Auswüchse dieser Ideologie treten auch bei uns immer mehr zum Vorschein: Dass zum Beispiel eine der für mich besten Süssigkeiten – der Mohrenkopf – nicht mehr so benannt

werden darf. Eine kleine Minderheit hat auf einen Grossverteiler so lange Druck ausgeübt, bis er ein Produkt, das der Hersteller immer noch Mohrenkopf nennt, aus den Verkaufsregalen genommen hat.

Oder unter dem Begriff «kulturelle Aneignung» dürfen Rasta-tragende weisse Musiker nicht mehr auftreten oder müssen ihr Konzert abbrechen, weil angeblich nur Schwarze

Rasta-Frisuren tragen dürfen. Studenten berichten, dass sie in ihren Arbeiten eine gendergerechte Sprache verwenden müssen, sonst drohten ihnen Notenabzüge.

«Gender-Ideologie» dringt immer mehr in die Politik vor

Ein Auswuchs dieser links-grünen Ideologie aus den Städten ist «Gender». Bei dieser Ideologie wird davon ausgegangen, dass man nicht von Geburt an ein Geschlecht hat, sondern das Geschlecht frei wählen kann. Dabei gibt es nicht nur Frau und Mann, sondern Dutzende verschiedene Geschlechter.

Diesen Gender-Unsinn lesen und hören wir leider in immer mehr Medien. Und um niemanden irgendwie zu diskriminieren oder zu «verletzen», wird auch auf allen möglichen Einladungen «Parlamentarier:innen», «Freund*innen» oder sonst etwas geschrieben. Auch öffentliche Verwaltungen üben sich im «gendern». Ob die deutsche Sprache noch lesbar ist, wird dabei immer unwichtiger. Hauptsache, niemand fühlt irgendetwas Negatives. Und um ganz korrekt zu sein, wird sogar «das Mitglied» in «liebe Mitglieder:innen» umgewandelt. Dabei wird die Sprache mit den vielen Sonderzeichen immer unverständlicher – gerade auch für Menschen mit einer Sprachschwäche oder für fremdsprachige Personen.

«Geschlechtsneutrale» Toiletten an Schulen?

Wir erleben den Genderwahn aber nicht nur in der Sprache, auch in der Politik greift dieser wild um sich: In den Städten Zürich und Luzern sollen neu ein Drittel der Toiletten an den Schulen «geschlechtsneutral» sein. Pissoirs werden abgeschafft. An

«Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.»



Völlig überflüssig: Links-Grüne Gender-Ideologen wollen flächendeckend für viel Geld die Strassenschilder mit sog. gendergerechten Schildern ersetzen.

gewissen Schulen wird gar propagiert, ein anderes Geschlecht auszuprobieren bzw. dem Kind noch keinen Namen zu geben. Ohne Einwilligung der Eltern werden minderjährige Kinder diesem Gender-Irrsinn ausgesetzt.

Es gibt eine kleine Minderheit, die im falschen Körper geboren wurde und deren Probleme man ernst nehmen muss. Aber muss das jetzt die ganze

Gesellschaft betreffen? Muss sich nun jede und jeder fragen, ob er im richtigen Körper geboren wurde? Ich meine nein.

Und man fragt sich: Was kommt als Nächstes? Wo ist eigentlich der gesunde Menschenverstand geblieben? Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.

Versorgung mit einheimischen Nahrungsmitteln in Gefahr

Der Hauptauftrag der schweizerischen Landwirtschaft ist in der Bundesverfassung festgeschrieben: die Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit einheimischen Nahrungsmitteln. Die Versorgung ist jedoch massiv gefährdet.



Nationalrat **Alois Huber**, Meisterlandwirt und Vizepräsident Schweizerischer Bauernverband, Wildegg (AG)

Die Bauerfamilien leisten einen wichtigen Beitrag an unsere Ernährungssicherheit. Doch wir könnten heute im Krisenfall nur noch jede zweite Person in der Schweiz ernähren. Das zeigt der sogenannte «Selbstversorgungsgrad»: Er misst in Prozenten, wie viel unseres Lebensmittelbedarfs noch in der Schweiz produziert wird. Der Selbstversorgungsgrad lag 2020 noch bei netto 49 Prozent.

Der Selbstversorgungsgrad ist den letzten zwanzig Jahren um über 10 Prozent gesunken. Der wichtigste Grund ist das starke Bevölkerungswachstum: plus 1,5 Millionen seit 2002. Die Schweiz wird zubetoniert. Die Siedlungsfläche hat seit 1980 um 31 Prozent zugenommen – auf Kosten der Land-

wirtschaftsfläche. Die Ackerfläche pro Kopf liegt in der Schweiz noch bei 470 m². Zum Vergleich: In Österreich sind es 1500 m², in Deutschland 1410 m² pro Kopf.

Der zweite Grund, warum wir in der Schweiz immer weniger Lebensmittel produzieren, sind die ökologischen Vorschriften. Durch die aktuelle Agrarpolitik werden heute in der Schweiz circa 20 Prozent des Kulturlandes extensiv bewirtschaftet: also viel Ökologie, aber wenig Produktion.

Wollen wir in Zukunft eine totale Abhängigkeit in der Lebensmittelversorgung vom Ausland verhindern, darf der Selbstversorgungsgrad nicht weiter sinken, sondern muss wieder erhöht werden.

Dies gelingt aber nur, wenn wir das Bevölkerungswachstum stoppen und die Agrarpolitik für eine produzierende Landwirtschaft anpassen.



Die Krisen der letzten Jahre und Monate haben gezeigt, wie wichtig eine starke einheimische produzierende Landwirtschaft ist.

Stau auf den Strassen, Klima-Kleber, Feindbild Autofahrer

Jeden Tag stehen wir im Stau – wichtigste Ursache dafür ist die masslose Zuwanderung. Der volkswirtschaftliche Schaden geht in die Milliarden. Doch auch die schikanöse links-grüne Verkehrspolitik und ihre Klima-Kleber richten massiven Schaden an.



Nationalrat und Ständeratskandidat **Benjamin Giezendanner**, Transport-Unternehmer, Rothrist (AG)

Die masslose Zuwanderung bringt unsere Infrastruktur an den Rand des Kollapses. Das erleben wir täglich mit den Staus auf unseren Strassen. Seit 1995 sind über 1,5 Millionen Personen zugewandert. Die jährlichen Stautunden auf den Nationalstrassen haben sich seit 2000 vervierfacht!

Zum persönlichen Ärger kommen die massiven Kosten. Als kantonaler Gewerbeverbandspräsident und Transportunternehmer sind mir die Horror-Zahlen bekannt: Jeden Tag häufen sich auf den Schweizer Strassen 200'000 Stunden Verspätung an. Die verlorene Zeit kostet rund 3 Milliarden Franken pro Jahr. Das sind übrigens die aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Raumentwicklung ARE.

Die Mobilität ist der Motor unserer Volkswirtschaft. Wir zerstören unseren Wohlstand, wenn wir nicht zu einer vernünftigen und massvollen Zuwanderung zurückkehren.

Abzockerei der Autofahrer

Viele Schweizerinnen und Schweizer sind auf ein Auto angewiesen: Familien, Pendler, Handwerker, Menschen in ländlichen Gebieten. Die SVP wehrt sich gegen die Abzockerei der Autofahrer: Nur schon die Mineralölsteuer (inkl. Zuschläge) machen 1570 Franken im Jahr aus¹. Dazu kommen: Motorfahrzeugsteuer (im Schnitt 360 Franken), Autobahn-Vignette (40 Franken), Automobilsteuer, öffentliche Parkgebühren usw. Jeder Haushalt mit Auto zahlt mehr als 2000 Franken im Jahr an Abgaben.

Offenbar nicht genug für die links-grünen Parteien. Die grüne Fraktionschefin forderte einen Benzinpreis von 5 Franken pro Liter. Das wären rund 250 Franken pro Tankfüllung! Unbezahlbar für die meisten Schweizerinnen und Schweizer.

Klimakleber schikanieren Autofahrer

Klima-Kleber blockieren Strassen. Sie schikanieren die arbeitende Bevölkerung. Vor allem in den links-grün regierten Städten wird eine autofeindliche Politik betrieben: Aufhebung von Zufahrtsstrassen, Abbau von Parkplätzen, 30er-Zonen auf Durchgangsstrassen, Bussen-Terror, horrenden Parkgebühren. Manchmal möchte man ein Experiment machen: Was würde wohl passieren, wenn die Handwerker und Lieferanten von Gütern und Lebensmitteln die links-grünen Städte eine Woche bestreiken würden ...

Wer diese autofeindliche Politik korrigieren will, wählt im Oktober die SVP.

¹ Wohin fließen die Milliarden? - AUTOMOBIL.REVUE

Stautunden 2008 – 2022



Quelle: ASTRA – Verkehrsentwicklung und Verfügbarkeit der Nationalstrassen, BFS 2022

Wollen Sie eine 10-Millionen-Schweiz?

Immer mehr Einwanderung bedeutet höhere Mieten, mehr Ausländerkriminalität, verstopfte Strassen, sinkendes Bildungsniveau.

Mit einer kontrollierten Einwanderung schützen wir uns, unsere Kinder, unsere Natur und erhalten unsere lebenswerte Heimat.



Sie haben die Wahl!

**Am 22. Oktober SVP wählen.
Danke.**

Grosses Wahl-Quiz Mitmachen und gewinnen!

www.svp.ch/wettbewerb

01. Wie viele Menschen sind 2022 netto in die Schweiz eingewandert?

180'000 = S
 90'000 = X
 150'000 = Y

02. Wie hoch belaufen sich die Kosten für das Asylwesen beim Bund im 2023?

1 Mrd = OR 2,5 Mrd = LZ
 4 Mrd = VP

03. Was ist das Ziel der neuen SVP Volksinitiative?

Kriminelle Ausländer ausschaffen = P
 Keine 10-Millionen-Schweiz = W

04. Was ist das Ziel des Gendersterns?

Politische Bevormundung = ÄH
 Bessere Orientierung am Sternenhimmel = ÖR

05. Was ist das Wahlkampf-Motto der SVP?

Für eine sichere Zukunft in Freiheit = L
 Für eine sichere Freiheit in Zukunft = R

06. Wie viele Bundesräte hat die SVP?

Leider noch keine = BN
 Bereits zwei = EN

Für eine sichere Zukunft in Freiheit – Ich helfe mit!

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- Ich wäre gerne per WhatsApp über die wichtigsten Aktivitäten der SVP Schweiz informiert.
Natel Nummer: _____
- Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Wahlkampagne** zur Verfügung zu stellen.
- Ich unterstütze die **SVP-Wahlkampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
- Ich spende _____ Franken auf **IBAN CH83 0023 5235 8557 0001Y** der SVP Schweiz.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.

Name / Vorname _____

Strasse _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Unterschrift _____

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:
www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

01. 02. 03. 04. 05. 06.

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 22. Oktober 2023

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2023 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

www.svp.ch

SVP
SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes



Gehen Sie am 22. Oktober wählen – weil sich ENDLICH etwas ändern muss!

Liebe Leserinnen und Leser

Am 22. Oktober 2023 finden die eidgenössischen Wahlen statt. Für eine nachhaltige Entwicklung für den Kanton Zürich benötigen wir Ihre Stimme!

Der Verlust von wertvollem Ackerland und Grünflächen durch immer mehr Zubetonierung, steigende Mietpreise, immer mehr Staustunden auf der Strasse, überfüllte Züge, Dichtstress, zunehmender Regulierungsdruck und steigende Steuern und Gebühren: Wir alle spüren die Konsequenzen des nicht nachhaltigen Bevölkerungswachstums aufgrund der hohen Zuwanderung. Dies betrifft als bevölkerungsreichster Kanton insbesondere die Bürgerinnen und Bürger des Kantons Zürich. Leider wird der wahre Grund von den Medien und den anderen Parteien allzu oft verschwiegen. Anstatt nur Symbolpolitik auf Kosten der nächsten Generationen zu betreiben, müssen wir das Problem endlich an der Wurzel packen. Deshalb startete die SVP auch die Nachhaltigkeits-Initiative, welche die 10-Millionen-Schweiz verhindern will. Denn wir sind es unseren Kindern schuldig, dass auch diese noch einen so schönen Kanton Zürich erleben dürfen wie wir.

Bevölkerungswachstum

Obwohl die Politik leider allzu oft die Augen vor dem Elefanten im Raum verschliesst, sind die negativen Auswirkungen des Bevölkerungswachstums durch die ungesteuerte Zuwanderung für jeden von uns im Alltag sichtbar. Die Zürcher Trams sind immer voller, in den S-Bahnen findet man zu Stosszeiten keinen Sitzplatz mehr, für Wohnungsbesichtigungen steht man Stunden in der Schlange und man findet praktisch keine Ortschaft mehr, in welcher nicht eine Grünfläche für noch mehr Siedlungsfläche weichen muss. Gemäss Daten der UNO belegt die Schweiz im

Dieses Wachstum ist nicht nachhaltig und hat zwangsweise Auswirkungen auf die Umwelt, die Infrastruktur und die Ressourcensicherheit.

Wohnungsnot

In allen Zeitungen lässt sich über die Wohnungsnot lesen. Wer eine günstige Wohnung will, muss Hunderte von Bewerbungen verschicken oder stundenlang Schlange stehen für eine Besichtigung. Die Bundesdaten zeigen aber, dass die Schweiz jährlich 70% mehr Wohnungen baut als noch vor 20 Jahren, die Bauwirtschaft läuft also auf Hochtouren. Gewisse Medi-

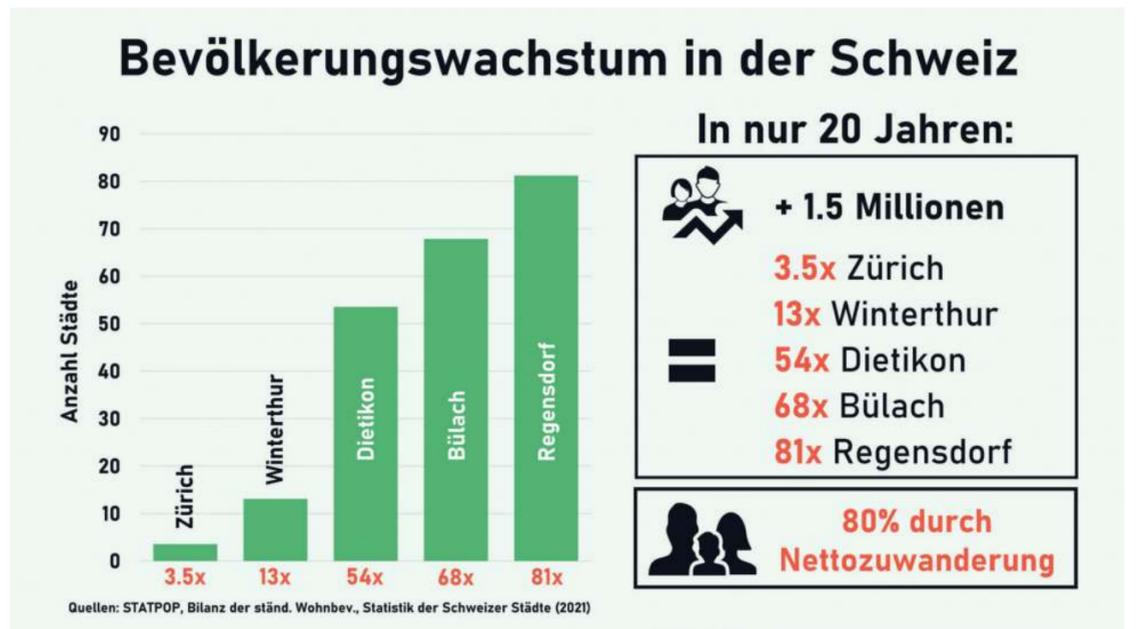
«Anstatt den Fachkräftemangel zu beheben, verstärkt die unkontrollierte Zuwanderung diesen sogar.»

Vergleich zu allen anderen grösseren europäischen Ländern (über 5 Mio. Einwohner) mit Abstand den Spitzenplatz bezüglich Bevölkerungswachstum. Kein anderes, grösseres europäisches Land mit über 5 Mio. Einwohnern veränderte sich so schnell wie die Schweiz. Die Schweiz (+21,0%) wuchs seit dem Jahr 2000 16-mal schneller als unser Nachbar Deutschland (+1,3%). Selbst in absoluten Zahlen wuchs das 9-mal grössere Deutschland (+1,1 Mio. Einwohner) langsamer als die Schweiz (+1,5 Mio. Einwohner). Fast ein Viertel dieses Bevölkerungswachstums (23,5%) entstand allein im Kanton Zürich, welcher dadurch überproportional stark von den negativen Konsequenzen betroffen ist. Somit explodierte die Schweizer Bevölkerung in nur gerade 20 Jahren um die Einwohnerzahl von 3,5x Zürich, 13x Winterthur, 54x Dietikon, 68x Bülach oder 81x Regensdorf.

en und Parteien weisen die Schuld den leicht gestiegenen Platzansprüchen (durchschnittlich + 2,6 m² pro Person seit 20 Jahren) zu. Doch glaubt man den Bundesdaten, mussten 4 von 5 Wohnungen in den letzten 20 Jahren aufgrund des Bevölkerungswachstums gebaut werden. Wer also die Wohnungsnot wirklich lindern will, der setzt sich gegen die nicht nachhaltige Zuwanderung ein! Denn auch die zukünftigen Generationen haben ein Anrecht auf bezahlbaren Wohnraum.

Verlust von Ackerland

Um Wohnraum für immer mehr Menschen zu kreieren, wächst die Siedlungsfläche gemäss dem Bund tagtäglich um beinahe 8 Fussballfelder, grösstenteils auf Kosten der Landwirtschaftsfläche. Es muss auf immer weniger Fläche immer mehr Nahrung für immer mehr Menschen



produziert werden. Aufgrund des Bevölkerungswachstums zerstören wir also tagtäglich riesige Grünflächen, alles auf Kosten der Landwirtschaft, der Ernährungssicherheit und auch der Biodiversität. Das ist schlicht nicht nachhaltig. Auch die nachkommenden Generationen haben ein Anrecht auf genügend gesunde, in der Schweiz hergestellte, Lebensmittel. Ebenfalls sollen auch unsere Kinder in einer intakten Umwelt mit Biodiversität aufwachsen dürfen.

Die Mär vom Fachkräftemangel

Bereits jetzt wird von Wirtschaftsvertretern behauptet, dieses Wachstum sei die Grundlage unseres Wohlstandes. Doch in Wahrheit ist es eine Endlosspirale. Trotz des massiven Bevölkerungswachstums in den letzten 20 Jah-

ren und einer Verdoppelung der Grenzgänger hat sich die Anzahl der offenen Stellen in der Schweiz vervierfacht. Anstatt den Fachkräftemangel zu beheben, verschärft die unkontrollierte Zuwanderung diesen sogar. Ein zugewanderter Arzt mit seinen zwei Kindern braucht eine Lehrerin und eine Wohnung. Dazu benötigt es wieder einen Maurer, eine Lastwagenfahrerin und einen Strassenbauer, welcher wieder zuwandert mit 2 Kindern, welche wieder einen Lehrer benötigen. Das Ganze geht wieder von vorne los, wie eine Wendeltreppe. Dieses Schneeballsystem verschiebt die Probleme des Fachkräftemangels auf zukünftige Generationen, anstatt sie wirklich zu lösen. Wollen wir wirklich so weitermachen, ist das nachhaltig? Wollen wir unseren Kindern eine solche Schweiz der Zukunft überlassen?

Ihre Stimme zählt

Die SVP ist leider die einzige Partei, die das Kind beim Namen nennt und die Probleme lösen, statt sie verschieben will. Aus diesem Grund lancierte die SVP des Kantons Zürich, im Namen der SVP Schweiz, die Nachhaltigkeits-Initiative, um auch unseren Nachkommen eine lebenswerte, schöne Schweiz zu hinterlassen. Unterstützen auch Sie uns, um unseren Kanton Zürich mit seiner schönen Umwelt, der Natur und seiner Wirtschaftskraft nachhaltig zu erhalten. Denn wir schulden es den zukünftigen Generationen!

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Kantonsrat Domenik Ledergerber, Parteipräsident SVP Kanton Zürich



«Wir brauchen mehr Gewerbler und Unternehmer in Bundesbern!»



Gregor Rutz

- ▶ geboren am 12. Oktober 1972 in Zürich
- ▶ Bürger von Zollikon ZH und Wildhaus SG
- ▶ verheiratet
- ▶ Ausbildung: Matura Typus B, Lizentiat der Rechtswissenschaften (Universität Zürich)
- ▶ Beruf: lic. iur., Unternehmer (Inhaber einer Agentur für Kommunikations- und Strategieberatung / Teilhaber einer Weinhandlung)
- ▶ Politik: Nationalrat seit 2012, zuvor Kantonsrat und Zürcher Verfassungsrat
- ▶ Präsident Hauseigentümerverband Stadt Zürich
- ▶ Hobbys: Wandern, Geschichte, Piano

Gregor Rutz, Sie kandidieren am 22. Oktober für die SVP des Kantons Zürich für den Ständerat. Warum muss die SVP diesen Sitz unbedingt zurückgewinnen?

In wichtigen Fragen wie der Asyl- und Migrationspolitik, der Ausenpolitik oder bei wirtschaftspolitischen Themen ist die SVP die einzige Partei, welche eine klare Linie vertritt und gradlinig politisiert. Auf unsere Positionen kann man sich verlassen. Wir reden nicht nur von weniger Steuern und Ausgaben – wir handeln auch so. Dies ist gerade im Ständerat wichtig, wo viele Berufspolitiker sitzen, die ihr Mandat hauptamtlich ausüben. Wir brauchen unbedingt wieder mehr Gewerbler und Unternehmer in Bundesbern – das will ich im Ständerat einbringen.

Wo sehen Sie die grössten Probleme für den Kanton Zürich?

Die Zuwanderung ist auch für den Kanton Zürich die grösste Herausforderung. Die zunehmende Überlastung der öffentlichen Verkehrsmittel, die Staus auf den Strassen oder die Wohnungsnot sind direkte Folgen der ungesteuerten Zuwanderung. Leider kommen nicht nur zu viele, sondern auch die falschen Leute. Eine Studie des kantonalen Amtes für Wirtschaft und Arbeit zeigte, dass nur jeder fünfte Zuwanderer in einem Beruf arbeitet, wo ein Mangel an Fachkräften herrscht.

Die Zuwanderer stärken auch nicht die Privatwirtschaft: Es ist primär der öffentliche Sektor, der wächst.

Das ist einfach erklärbar: Viele Zuwanderer – auch die Fachkräfte – kommen mit ihrer Familie. Dafür braucht es wieder Schulen, Spitäler, Wohnungen, Strom, Wasser und weitere Infrastruktur. Unter dem Strich haben wir so zwar ein quantitatives Wachstum, aber leider kein qualitatives. Das heisst: Der Wohlstand des Einzelnen wächst letztlich nicht.

Kommt hinzu: Die illegalen Einwanderer und die kriminelle Energie von Migranten, die über die Asylschiene zu uns stossen, bedrohen die öffentliche Sicherheit. Hier müssen alle Alarmglocken läuten. Leider schläft Bundesbern und blendet diese Probleme aus. Hier müssen wir endlich eine Kurskorrektur erwirken!

Sie dürfen die SVP und die Zürcher Bevölkerung bereits seit einigen Jahren im Nationalrat vertreten. Was könnten Sie im Ständerat effektiver bewegen als im Nationalrat?

Die beiden Räte funktionieren ganz unterschiedlich. Die Weichen werden in den Kommissionen gestellt, wo man die Vorlagen im Detail berät und für die Plenardebatte vorbereitet. Während im Nationalrat vor allem Allianzen zwischen Parteien und Fraktionen entscheidend sind für das Erreichen einer Mehrheit, kommt den einzelnen Argumenten im Ständerat noch viel mehr Kraft zu.

Da die SVP derzeit nur 8 von 46 Ständeräten stellt, ist sie in der Klei-

nen Kammer untervertreten. Ich will mithelfen, dies zu ändern und die Argumente unserer Partei auch im Ständerat einbringen.

Kommen wir kurz weg von der Politik: Welches ist Ihr Lieblingsort im Kanton Zürich?

Mein Lieblingsort ist die Zolliker Allmend. Ich bin in Zollikon aufgewachsen und mag diesen Kraftort. Vom Guisan-Denkmal aus hat man eine wunderbare Aussicht über den Zürichsee. Das ist für mich Heimat!

Und zuletzt noch etwas Hypothetisches: Wenn Sie eine Sache per sofort im Kanton Zürich ändern könnten – was wäre es?

Ich würde dafür sorgen, dass die Lückenschliessung bei der Oberlandautobahn sofort an die Hand genommen würde! Seit bald 50 Jahren kämpft die Bevölkerung im Zürcher Oberland für diese Verkehrsentslastung. Die Staus zwischen Hinwil, Wetzikon und Uster sind für die Einwohner dieser Region eine echte Belastung. Es macht auch aus Sicherheitsgründen keinen Sinn, dass sich der ganze Verkehr durch diese Gemeinden zwingt. Kinder und ältere Menschen leiden besonders; Gewerbler stehen stundenlang im Stau. Dies alles nur aufgrund sinnloser Opposition und ständiger Einsprachen der Grünen. Das ärgert mich – und darum kämpfe ich seit über 10 Jahren mit dem Verein «Zusammenschluss Oberlandstrasse» für eine vernünftige Verkehrspolitik.

Gregor Rutz im «Dies oder Das»

- 1. Ständerat oder Nationalrat?**
Ständerat natürlich – diesen Sitz muss die SVP zurückholen.
- 2. Wein oder Bier?**
Als Weinhändler fällt die Antwort nicht schwer. Am liebsten mag ich Rotwein.
- 3. Berset oder Baume-Schneider?**
Ich bin im Team Rösti/Parmelin.
- 4. Nachteule oder Frühaufsteher?**
Beides. Anders bringt man als Milizparlamentarier nicht alles unter einen Hut.
- 5. Kommission oder Plenum?**
Kommissionsarbeit – dort werden die Weichen gestellt.
- 6. Buch oder Film?**
Ich mag Bücher und lese sehr gerne.
- 7. Kaffee oder Tee?**
Espresso. Mein Urgrossvater mütterlicherseits war Italiener – vielleicht färbte das ab?
- 8. Anzug oder Sportkleider?**
Sportkleider?
- 9. Allein oder im Team?**
Ich bin ein Teamplayer.
- 10. Yoga oder Joggen?**
Lieber eine Bergwanderung oder ein Spaziergang im Zolliker Wald.
- 11. Rock 'n' Roll oder Hip-Hop?**
Rock'n'Roll – am liebsten von Jerry Lee Lewis.
- 12. Schengen oder Dublin?**
Beide Abkommen funktionieren leider nicht.
- 13. AHV reformieren oder erhöhen?**
Die Finanzierungslücke bleibt enorm: Nach der Reform ist vor der Reform.
- 14. Quantitatives oder qualitatives Wachstum?**
Nur qualitatives Wachstum macht Sinn. Alles andere ist eine Lebenslüge.
- 15. Motion oder Interpellation?**
Ich gehöre zu den Parlamentariern, die zurückhaltend sind mit Vorstössen. Jeder Vorstoss kostet schliesslich über 6'000 Franken zur Bearbeitung. Ich kläre Fragen lieber direkt mit der Verwaltung.
- 16. Züri Fäscht oder Streetparade?**
Beide Feste mag ich gern – aber am meisten freue ich mich jeweils aufs Sechseläuten.



In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Gemeinsam verhindern wir die 10-Millionen-Schweiz!

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für einen erfolgreichen Kanton Zürich:



Gregor Rutz
1972, lic. iur., Unternehmer
«Als Unternehmer kämpfe ich für einen starken Standort Zürich, gegen unnötige Gesetze und Bürokratie und für eine sichere, unabhängige Schweiz!»



Alfred Heer
1961, Kleinunternehmer
«Freiheit, Sicherheit, Unabhängigkeit!»



Thomas Matter
1966, Unternehmer
«Ich setze mich ein für eine sichere Zukunft in Freiheit. Holen wir uns unsere Schweiz zurück!»



Barbara Steinmann
1976, lic. iur. LL.M
«Die Schweiz gründet auf Werten, für die es sich zu kämpfen lohnt.»



Mauro Tuena
1972, Kleinunternehmer
«Für eine sichere Zukunft in Freiheit – dies gewährleistet unseren Wohlstand!»



Bruno Walliser
1966, eidg. dipl. Kammerfegermeister
«Für unsere Freiheit, gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, damit wir auch in Zukunft selbst in unserer schönen Schweiz bestimmen.»



Therese Schläpfer
1959, a. Gemeindepräsidentin, eidg. dipl. F/A
«Für eine neutrale, unabhängige und starke Schweiz ohne Gender- und Klimawahn.»



Martin Haab
1962, eidg. dipl. Landwirt, Präsident Zürcher Bauernverband
«Unabhängigkeit und Selbstbestimmung sind zwei zentrale Güter, diese sollen auch für die Landwirtschaft in unserem Land gelten.»



Benjamin Fischer
1991, Betriebsökonom FH, Offizier
«Für eine starke Armee, die ihren Auftrag erfüllen kann, seriöse Krisenvorsorge, Versorgungssicherheit und Begrenzung der Zuwanderung.»



Martin Hübscher
1969, eidg. dipl. Landwirt, Ing. Agr. FH
«Verlässliche Rahmenbedingungen für KMU und Landwirtschaft und der verantwortungsvolle Umgang mit öffentlichen Geldern, dafür stehe ich ein.»



Domenik Ledergerber
1987, eidg. dipl. Landwirt, Geschäftsführer, Ing. Agr. FH
«Ich will keine 10-Millionen-Schweiz – dafür eine unabhängige und sichere Schweiz mit florierenden KMU und Lebensmitteln von Schweizer Bauern.»



Nina Fehr Düsel
1980, Dr. iur., Unternehmensjuristin
«Für eine sichere, freie und gesunde Schweiz. Zuwanderung steuern und Kriminalität bekämpfen. Direkte Demokratie statt EU-Anbindung.»



Tobias Weidmann
1983, M.A. HSG, Unternehmer / Offizier / Kantonsrat / Familienvater
«Schweizer Werte stärken: Unabhängigkeit statt EU-Diktat, Schweizer Kompetenz statt importierte Manager, Kernkraft statt Klimakleber.»



Patrick Walder
1987, Treuhänder mit eidg. FA, Unternehmer
«Eine sichere Zukunft in Freiheit bedingt eine unabhängige, direkt-demokratische und neutrale Schweiz. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.»



Romaine Rogenmoser
1971, Betriebsökonomin HWV, Kantonsrätin, Dozentin
«Erfrischend anders – garantiert keine heisse Luft. Für ein starkes Gewerbe, die produzierende Landwirtschaft und den Schutz des Eigentums.»



Urs Waser
1986, Leiter Hochbau und Planung, Zimmermann
«Das Bevölkerungswachstum ist zu begrenzen und die Energieversorgung muss ohne ideologische Denkverbote auf stabile Fundamente gestellt werden.»



Anita Borer
1986, Unternehmerin, Geschäftsinhaberin
«Nur wer sich sicher fühlt, kann frei sein. Ich setze mich dafür ein, dass gewalttätiges und kriminelles Verhalten konsequent geahndet wird.»



Stefan Schmid
1976, Kantonsrat, Gemeindepräsident
«Massenzuwanderung, Asylchaos und Kostenspirale stoppen. Freiheit, Sicherheit und Wohlstand verteidigen. Dafür stehe ich ein!»



Susanne Brunner
1972, lic. rer. publ. HSG, Unternehmerin
«Wo der Bürger sich zurückzieht, macht sich der Bürokrat breit: Ich kämpfe für Eigenverantwortung, für persönliche und unternehmerische Freiheit.»



René Schweizer
1972, eidg. dipl. Bäcker-Konditor Confiseur, Unternehmer
«Weniger Staat bedeutet mehr Freiheit... Als Unternehmer setze ich mich für Folgendes ein: schlanke Administration, möglichst wenige Gesetze und tiefe Steuern.»



Paul von Euw
1978, eidg. dipl. Elektroinstallateur, Unternehmer und Geschäftsführer
«Weg von Träumereien – zurück zur Realität. Gesicherte Energie, starke Bildung, mehr Eigenverantwortung.»



Roger Bachmann
1970, Stadtpräsident
«Städte und Gemeinden leiden unter den Folgen der unkontrollierten Zuwanderung in unser Land – höchste Zeit, Gegensteuer zu geben!»



Paul Mayer
1964, Metallbauunternehmer, Kantonsrat
«Die Krankenkassenprämien steigen auch dieses Jahr wieder enorm. Deshalb starte ich eine Volksinitiative, die automatisch den Steuerabzug erhöht.»



Ueli Bamert
1979, Geschäftsführer Branchenverband, Kantonsrat
«Der grüne Klimawahn gefährdet unsere sichere und bezahlbare Energieversorgung und damit unseren ganzen Wohlstand. Dagegen wehre ich mich!»



Roman Schmid
1984, Bauführer Gartenbau, Stadtpräsident Opfikon
«Mit Sicherheit für die Zukunft! Mehr Eigenverantwortung, weniger Regulierungen fürs Gewerbe und eine sichere Versorgung mit einheimischen Lebensmitteln und Energie.»



Marco Hirzel
1967, Dipl. Bauingenieur FH, Unternehmer, Gemeindepräsident
«Als Gemeindepräsident und Unternehmer setze ich mich ein für eine sichere Zukunft in Freiheit und Unabhängigkeit!»



Marcel Suter
1973, Unternehmer, Kantonsrat, Präsident SVP Bezirk Horgen
«Mit vollem Elan setze ich mich für tiefere Steuern und Abgaben sowie eine zahlbare und frei wählbare Mobilität ein.»



Camille Lothe
1994, MA UZH, Politikwissenschaftlerin, Wirtschaftsredaktorin
«Für Ihre Freiheit stehe ich ein! Lassen Sie mich in Bern gegen die Einschränkung Ihrer Rechte durch linke Bevormundung kämpfen.»



Maria Wegelin
1978, Dr. med. vet., Tierärztin
«Ich setze mich ein für freie Meinungsäusserung, Eigenverantwortung und unsere Bundesverfassung als einzige Grundlage unseres Handelns im Staat.»



Daniel Wäfler
1979, Dipl. Agro-Techniker, Bauführer
«Ich will Verantwortung übernehmen für den Erhalt einer lebenswerten und freien Schweiz!»



Adrian Wegmann
1979, Abteilungsleiter, BSc Betriebsökonom., Feinmech., Sektionspräs.
«Bürgermah, innovativ und hartnäckig – Bewährtes bewahren, Chancen ergreifen! – nach diesem Motto lebe ich meine Politik.»



Nicole Ward-Brändli
1982, Gemeindeschreiberin IVM
«Sichere Energie- und Nahrungsmittelversorgung: Selbstversorgungsgrad erhöhen, Auflagen minimieren.»



Christian Pfaller
1976, Maler, Unternehmer, Gemeindepräsident, Kantonsrat
«Als Gewerbler packe ich an, für die Entlastung der KMU, für ein flexibles Rentenalter, gegen die negativen Folgen der masslosen Zuwanderung.»



Andreas Leupi
1996, IT System Engineer, Gemeinderat
«Weniger Verkehrschaos, weniger Abgaben, dafür jedoch wirtschaftliche Spitze in der digitalen Welt: Das ist meine Vision für unsere Schweiz.»



Markus Bopp
1976, Meisterlandwirt / Agronom BSc
«Die Schweiz ist auf dieser Welt politisch einzigartig. Ich setze mich ein, damit die direkte Demokratie als Erfolgsmodell erhalten bleibt.»



Urs Wegmann
1978, Dipl. Agro-Techniker HF, Landwirt
«Weniger Bürokratie und Regulierungen, dafür mehr Eigenverantwortung für KMU und Landwirtschaft.»

Masslose Zuwanderung: Packen wir das Problem an der Wurzel



Ueli Maurer, Alt-Bundesrat

stark. Während die Bevölkerung der Schweiz im Durchschnitt um 21% zunahm, wuchs der Kanton Zürich um sage und schreibe fast ein Drittel (+29,6%).

4,4x mehr Stautunden gibt es auf Schweizer Strassen seit 2001. Damit haben sich die Stunden im Stau mehr als vervierfacht.

Die Stadt Zürich ist zudem landesweit die Stadt mit den meisten Zupendlern. Rund 240'000 Erwerbstätige, also das Dreifache der Einwohnerzahl des Kantons Schaffhausen, pendelten 2018 täglich für die Arbeit nach Zürich. Damit erhöht sich der Dichtestress und Bevölkerungsdruck auf unseren schönen Kanton noch stärker. Dies widerspiegelt sich in unseren grossen Nachbarkantonen Aargau (+28,4%) und Thurgau (+24,5%), welche ebenfalls ein höheres Bevölkerungswachstum als der Schweizer Durchschnitt verzeichneten.

Die negativen Auswirkungen

Die Bevölkerungsexplosion hat dramatische Auswirkungen auf unsere Energieversorgung, unsere Infrastruktur, unsere Ernährungssicherheit und unsere Natur und Umwelt. Von 2001 bis 2022 sank der Stromverbrauch pro Kopf in der Schweiz um 12,6%. Herr und Frau Schweizer benötigen also trotz Digitalisierung und Elektrifizierung von Mobilität und Heizen weniger Strom als noch vor 20 Jahren. Das Bevölkerungswachstum führte jedoch dazu, dass der Gesamtverbrauch der Schweiz nicht sank, sondern sogar um 6,1% an-

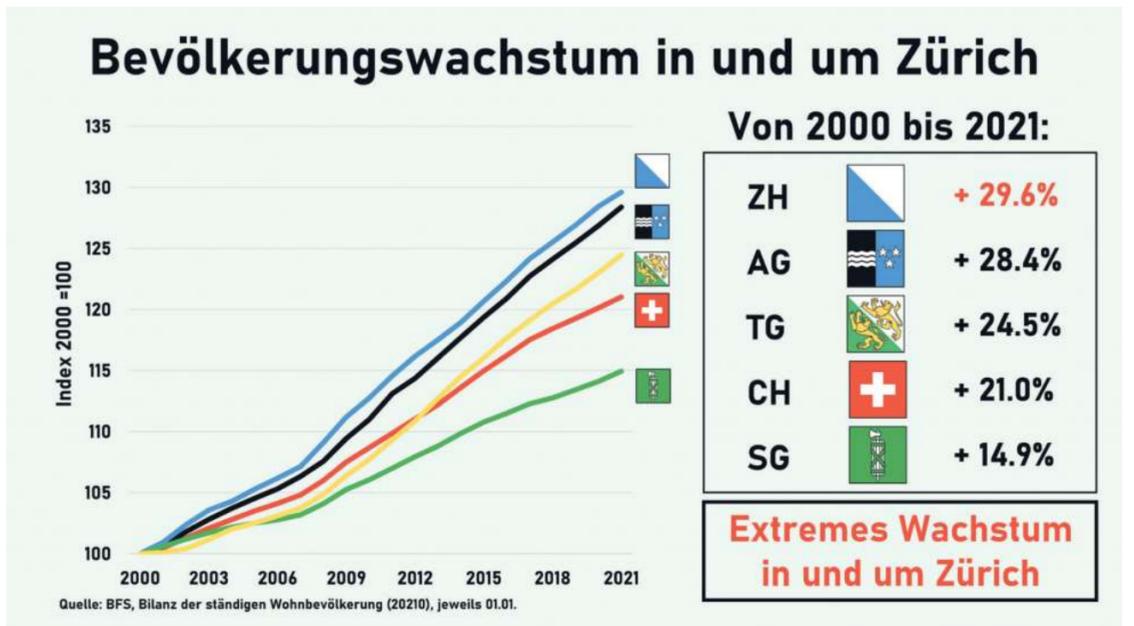
2x die Fläche des Zürichsees. So stark wuchs die Siedlungsfläche zwischen 2009 und 2018, in also nur gerade 9 Jahren.

Zürich trifft am härtesten

In den letzten 20 Jahren ist die Bevölkerungszahl der Schweiz regelrecht explodiert. Jährlich wuchsen wir um die Einwohnerzahl einer ganzen Stadt St. Gallen (ca. 75-Tausend Menschen). Seit 2000 muss die kleine Schweiz 21% (1,6 Millionen) mehr Menschen mit Strom, Wasser, Wohnungen, Schulen und Verkehrsinfrastruktur versorgen. Mit diesem Wachstum belegt die Schweiz den traurigen Spitzenplatz im europäischen Vergleich der grösseren Länder (über 5 Mio. Einwohner).

-12,6% beträgt die Reduktion des Stromverbrauchs pro Kopf von 2001 bis 2022. Dennoch stieg im gleichen Zeitraum der Strombedarf der Schweiz wegen der Bevölkerungsexplosion um 6,1% an.

Die Auswirkungen dieses masslosen Wachstums durch die unkontrollierte Nettozuwanderung zeigen sich in allen Bereichen. Ob drohender Strommangel, Stautunden und überfüllte Züge, ungestoppte Zubeetonierung von Grünflächen, Verlust von Biodiversität, Gefährdung der Eigenversorgung mit gesunden, nachhaltigen Produkten oder Wohnungsnot: Wir alle spüren tagtäglich die negativen Auswirkungen dieser Bevölkerungsexplosion. Dabei trifft es den als Wirtschaftsmotor und Wohnort attraktiven Kanton Zürich am härtesten. Hier wuchs die Bevölkerung von 2000 bis 2021 besonders



Bevölkerungswachstum im und um den Kanton Zürich.

stiegt. Sämtliche Effizienzsteigerungen durch technischen Fortschritt wurden durch die Bevölkerungsexplosion aufgefressen. Allein die Nettozuwanderung der letzten 20 Jahre benötigt mehr Strom, als das grösste Kernkraftwerk der Schweiz in Gösigen produzieren kann.

« Eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung ist absolut notwendig zum Schutz unserer Umwelt, zum dauerhaften Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der Leistungsfähigkeit unserer Infrastrukturen. »

Auch im Pendlerverkehr macht sich der Dichtestress bemerkbar. Erst kürzlich konnten zwei Züge in Baden und in Bern nicht losfahren, weil sie überfüllt waren. Auf den Strassen nehmen die Stautunden

insbesondere nach der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 rapide zu. Dadurch haben sich die Stautunden auf Schweizer Strassen zwischen 2001 und 2022 mehr als vervierfacht. Die Bevölkerungsexplosion gefährdet ebenfalls unsere Ernährungssicherheit. Mehr Menschen benötigen mehr Wohnungen, mehr Schulen, mehr Spitäler und mehr Strassen,

spricht: mehr Siedlungsfläche. Ackerland, Wiesen und Weinberge müssen für genau diese Siedlungsfläche weichen, tagtäglich schwindet dadurch in der Landwirtschaft eine Fläche so gross wie knapp 13 Fussballfelder. Und dies, obwohl die Schweiz gemäss der Weltbank pro Kopf bereits heute über weniger Ackerfläche verfügt als unsere Nachbarländer. Unsere Bauern, welche tagtäglich mit und für die Natur arbeiten, müssen also auf immer weniger Fläche Nahrung für immer mehr Menschen anbauen. Anstatt uns von umweltfreundlichen, gesunden Lebensmitteln aus der Schweiz zu ernähren, führt das Bevölkerungswachstum dazu, dass wir immer mehr Massenprodukte aus ausländischer Industrielandwirtschaft importieren müssen.

sich keinen bezahlbaren Wohnraum leisten.

71% mehr Wohnungen wurden im Corona-Krisenjahr 2020 gebaut im Vergleich zu 2001. Dennoch herrscht Wohnungsnot.

Während gewisse Medien und Politiker die Schuld bei den individuellen Platzansprüchen suchen, zeigt ein Blick in die Bundesdaten ein ganz anderes Bild und verdeutlicht den Einfluss der unkontrollierten Zuwanderung. Während die individuellen Ansprüche an die Wohnfläche im erwähnten Zeitraum nur leicht gestiegen sind (durchschnittlich + 2,6 m² pro Person), musste im gleichen Zeitraum Wohnraum für über 1,5 Millionen Menschen geschaffen werden. Glaubt man den Bundesdaten, wurden somit in den letzten 20 Jahren 4 von 5 Wohnungen wegen des Bevölkerungswachstums gebaut.

12,7 Fussballfelder So viel Landwirtschaftsfläche verliert die Schweiz täglich, grösstenteils auf Kosten der Siedlungsfläche.

Zwischen 2009 und 2018 wuchs die Siedlungsfläche auf Kosten der Landwirtschaft und der Versorgungssicherheit um 180 Quadratkilometer. Dies entspricht mehr als zweimal der Fläche des Zürichsees. Wie lange wollen wir so weitermachen, was ist daran nachhaltig? Während gewisse Kreise behaupten, das liege an gestiegenen Ansprüchen, zeigen die Bundesdaten ein anderes Bild. Der Pro-Kopf-Bedarf an Siedlungsfläche (Strassen, Schulen, Wohnung etc.) wuchs seit den 80er-Jahren gerade einmal um 1%. Die Bevölkerungsexplosion führte jedoch dazu, dass die Siedlungsfläche insgesamt um fast einen Drittel (31%) zunahm. Dennoch herrscht in der ganzen Schweiz und insbesondere in grösseren Städten wie Zürich oder Winterthur eine Wohnungsnot. Auch hier zeigen sich ein weiteres Mal die negativen Konsequenzen der Bevölkerungsexplosion. Denn obwohl in der Schweiz im Jahr 2020 71% mehr Wohnungen gebaut wurden als noch 2001, übersteigt die Nachfrage das Angebot. Obwohl der Wohnungsbau auf Hochtouren läuft, herrscht Wohnungsnot und viele können

Eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung ist absolut notwendig zum Schutz unserer Umwelt, zum dauerhaften Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der Leistungsfähigkeit unserer Infrastrukturen. Auch unsere Kinder und Gross-

4 von 5 Wohnungen wurden in den letzten 20 Jahren aufgrund des Bevölkerungswachstums gebaut.

kinder haben es verdient, in einer nachhaltigen Schweiz mit einer intakten Natur aufzuwachsen, sich mit gesunden, lokalen und frischen Produkten aus der Schweiz zu ernähren und sich eine Wohnung leisten zu können. Lassen Sie uns das Problem an der Wurzel packen und endlich den Elefanten im Raum, das unbremste Bevölkerungswachstum, durch die unkontrollierte Zuwanderung ansprechen. Denn wir sind es den kommenden Generationen schuldig, anstatt auf deren Kosten blosse Pflasterlipolitik zu betreiben.



Die unkontrollierte Zuwanderung ist der Hauptgrund für den steigenden Bedarf an Wohnfläche.

Windparks sind im Kanton Zürich keine Lösung!

«Grüne» Baudirektion fordert Rodung von Wäldern und tierischen Schutzräumen

Der «grüne» Baudirektor plant, im Kanton Zürich 120 industrielle Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von bis zu 230 Metern zu bauen. Damit wären diese fast doppelt so hoch wie der Prime Tower. Gegen diesen Eingriff in die Schweizer Landschaft regte sich verständlicherweise Widerstand in mehreren Gemeinden. So beschloss die Gemeinde Hagenbuch mit 80% Zustimmung, einen Mindestabstand von 1000 Metern zu Wohngebäuden einzuführen. In weiteren Gemeinden sind solche Einzelinitiativen bereits eingereicht bzw. angekündigt worden. Obwohl das Bundesgericht in einem ähnlichen Fall in Bern vor weniger als ein Jahr entschieden hatte, dass Gemeinden Mindestabstände zwischen Windkraftanlagen und bewohnten Gebäuden einführen dürfen, widersetzt sich der «grüne» Baudirektor diesem Entscheid und will die weitere Zerschneidung unserer Umwelt und die Rodung von Wäldern im Kanton unbeirrt von geltenden Gesetzen weiter vorantreiben.

Geringe und unzuverlässige Stromproduktion

Für eine sichere, zuverlässige Stromversorgung muss Strom dann zur

Verfügung stehen, wenn wir ihn brauchen. Windkraftwerke produzieren jedoch nur, wenn der Wind bläst. Ein Blick nach Deutschland zeigt erschreckende Zahlen: Seit 2000 wurden dort insgesamt fast 110 Milliarden (!) Euro in Windenergie investiert. Dennoch: Am 30. November 2022 waren die Windräder in Deutschland nur gerade zu 6% ausgelastet, lieferten also nur einen Bruchteil der installierten Leistung. Zwei Drittel des Stroms an diesem Tag mussten daher mit Kohle und Gas produziert werden. Insgesamt sollen die im Kanton Zürich geplanten 120 Windkraftanlagen 800 GWh Strom erzeugen, was gerade einmal der 2- bis 3-fachen Produktion des Laufwasserkraftwerks in Eglisau-Glattfelden entspricht, welches rund um die Uhr und ohne Unterbruch Strom produziert. Die Windräder liefern also wenig und nur unregelmässig Strom. Und dafür nimmt der «grüne» Baudirektor massive Konsequenzen für unsere Natur, die Umwelt und die Artenvielfalt in Kauf.

902 Tonnen Beton für 1 Turbine

Die allergrösste Mehrheit der geplanten Windkraftstandorte befindet sich im Wald, wie beispielsweise beim Pfannenstiel. Die Windräder sollen also in Naherholungsgebieten und



Geplanter Windpark am Bachtel gemäss Baudirektion Zürich. Quelle: FLZH

dem Schutzraum und Rückzugsgebiet diverser Tierarten stehen, obwohl Birdlife in einem Faktenblatt die Wälder als besonders problematischen Windturbinenstandort für Natur und Biodiversität listet. Nebst der Lärmbelastung durch die drehenden Rotoren benötigen Bau und Unterhalt enorme Betonfundamente und zusätzliche Stromleitungen. Auch die Zufahrtsstrassen, welche genügend breit (5 m) für die Anlieferung mittels Spezialtransporter sein müssen, führen zur weiteren Versiegelung von kostbarem Naturboden. Insgesamt werden dadurch pro Windkraftanlage insgesamt 1 bis 2 Fussballfelder Waldfläche gerodet. Da die Lebensdauer der Windkraftwerke rund 20 Jahre beträgt, bedeutet dies trotz teilweiser Wiederaufforstung alle 20 Jahre einen erneuten massiven Eingriff in die Flora und Fauna der Schutzgebiete. Bezüglich Materialverbrauch lassen konkrete Zahlen der Zürcher Hochschule für Ange-

wandte Wissenschaften ZHAW und des Bundesamtes für Energie aufhorchen: So sollen für den Bau einer einzigen Windkraftanlage im geplanten Massstab (3 MW) rund 358 Tonnen Stahl und Eisen verbaut werden, was viermal dem Gewicht des Hafenkran in Zürich entspricht. Und auch das Betonfundament einer einzigen Turbine, welche den fruchtbaren Waldboden verdichtet, wiegt sage und schreibe 900 Tonnen.

Der «grüne» Baudirektor fördert also im Namen der Nachhaltigkeit aktiv massive Eingriffe in die natürlichen Schutz- und Lebensräume von Tieren und Pflanzen, was alles andere als nachhaltig und ökologisch ist. Unbeirrt davon, dass er selbst vergangenen Dezember den Umweltbericht des Kantons präsentierte, das Aussterben bedrohter Vogelarten bedauerte und im gleichen Atemzug stolz verkündete:

«Mit all diesen Massnahmen hoffen wir, dass wir als Kanton, dem Arten- und Biodiversität (...) im Kanton Zürich erhalten können.»



Geplanter Windpark am Pfannenstiel gemäss Baudirektion Zürich. Quelle: FLZH

Allein der Materialaufwand ist beträchtlich.

Für eine Windkraftanlage vom Typ «Vestas V112» 3 Mega-Watt (MW) Nennleistung werden benötigt:

Stahl und Gusseisen	358 Tonnen	Kupfer	5 Tonnen
Beton	902 Tonnen	Aluminium	3 Tonnen
Keramik und Glas	24 Tonnen	Seltene Erden	0,5 Tonnen
Diverse Kunststoffe	21 Tonnen		

Ökobilanzierung von Schweizer Windenergie, BFE (2015)

Woke-Wahnsinn stoppen – SVP wählen

Der «Woke-Wahnsinn» greift um sich

Die Freiheit des Denkens wird immer mehr eingeschränkt. Selbsternannte, extremistische woke-linke Tugendwächter massen sich an, darüber zu bestimmen, was und wie wir etwas sagen dürfen. Deren Ideologie stammt ursprünglich aus den USA und ist brandgefährlich. Die woke-linken Aktivisten lehnen die politische Neutralität des Rechtsstaates ab, weil sie möchten, dass der Staat nach ihrer Ideologie handelt.

Gender-Sprache ohne demokratische Mehrheit

Darum versuchen sie, unseren Staat systematisch, undemokratisch und von oben herab umzubauen. Am deutlichsten zeigt sich dies bei der Gender-Sprache. Obwohl Umfragen immer wieder ergeben, dass eine erdrückende Mehrheit diese linke Kunstsprache ablehnt, zwingen Verwaltung und Hochschulen diese Sprache den Menschen gegen ihren Willen auf. Hinter der Gender-Sprache steckt die unwissenschaftliche Gender-Ideologie, die behauptet, dass es mehr als zwei

biologische Geschlechter gebe und es deshalb eine neue Sprache brauche.

Medizinische Experimente an Kindern

Die Gender-Ideologen und radikalen Transaktivisten sind heute in unseren Schulen aktiv. Sie glauben, dass bereits Kleinkinder ein gefühltes Geschlecht («Geschlechtsidentität») hätten, das oft nicht mit ihrem biologischen Geschlecht übereinstimmt. Mittels Gender-Tagen und Drag-Queen-Shows sollen Kinder darum die angeblich fließenden Grenzen zwischen männlich und weiblich kennenlernen. Die Folgen kennt man aus dem Ausland: Viele Kinder werden verunsichert, haben plötzlich das Gefühl, sie seien «trans» und werden dann mittels Medikamenten und chirurgischen Eingriffen lebenslang unfruchtbar gemacht.

Hass auf «alte weisse Männer»

Die Woke-Linke unterteilt die Menschen in gute und schlechte Gruppen: weiss/schwarz, Schweizer/Aus-

länder, Christ/Nicht-Christ, Mann/Frau. Vor allem «alte weisse Männer» sind ihr Feind. Die Woke-Linken machen sie für alle Probleme und Ungerechtigkeiten auf der Welt verantwortlich. Sie finden es normal, Menschen aufgrund von Hautfarbe, Alter, Geschlecht und politischen Ansichten zu diskriminieren, obwohl die Schweizer Bundesverfassung das verbietet.

Linke Cancel Culture statt exzellenter Forschung

Wer kritisch ist, kann schnell zum Opfer linker Aktivisten werden. Dabei geht es nicht um den Austausch von Argumenten, sondern um die Eliminierung dieser Menschen aus dem öffentlichen Diskurs mittels Cancel Culture. Als zwei Forscherinnen an der Uni Zürich kürzlich herausfanden, dass viele Studentinnen gar keine Karriere machen möchten und sich nicht benachteiligt fühlen, erlebten sie eine Welle des Hasses. Das macht Eindruck. Forscher müssen sich heute ständig fürchten, «ganceled» zu werden. Ohne Rede- und Forschungsfreiheit ist die Exzellenz unserer Hochschulen, für die wir weltbekannt sind, gefährdet.

Die Woke-Linke möchte unser Verhalten und die Gesellschaft kontrollieren: Wie wir denken, wie wir sprechen, ja sogar, welche Kostüme wir an der Fasnacht anziehen.

Die SVP ist die einzige bürgerliche Kraft, die sich gegen diese antidemokratische, verfassungsfeindliche und totalitäre Bewegung wehrt.

Schule Stäfa organisiert Gender-Tag und erntet Shitstorm

«Die Schule Stäfa lädt Sekundarschülerinnen und -schüler zum Gender-Tag. Das Netz ist empört. Die Schulpräsidentin klärt auf.»

Zürichsee-Zeitung, 10.05.2023

Zürcher Schule veranstaltet «Geschlechtertausch-Woche»

«Mädchen verkleiden sich als Jungs und Jungs als Mädchen. Mit einer sogenannten «Geschlechtertausch-Woche» sorgt eine Zürcher Schule für Furore.»

nau.ch, 04.07.2022

KMU-Unternehmer nach Bern!



Hans-Ulrich Bigler, Alt-Nationalrat

Die Schweiz ist ein KMU-Land, ein Land von inhaberbetriebenen, kleineren und mittleren Unternehmen. Die Vielfalt ist ein wesentlicher Standortfaktor unserer Volkswirtschaft.

Die Leistungskraft der KMU ist eindrücklich: Insgesamt stellen die rund 600'000 KMU in der Schweiz 99,7 Prozent aller Firmen und zwei Drittel aller Arbeitsplätze. Zudem gehören sie beim

Beschäftigungswachstum zur dynamischsten Kategorie und bilden 70 Prozent aller Lernenden aus. Auch Frauen kommen in diesen Firmen einfacher in Kader- und Führungspositionen als bei Grossfirmen. Und: Etwa ein Drittel aller Innovationen kommt in KMU direkt von Mitarbeitenden mit Produkt- und Kundeneinsatz.

KMU sind zwar fest verwurzelt in der regionalen Wirtschaft, aber nicht nur: 60 Prozent des wertmässigen Importvolumens gehen auf sie zurück. Bei den Exporten ist es immerhin fast die Hälfte. Damit ist die Mär von der Binnenorientierung der KMU vom Tisch. Ebenso ist mit einem Wertschöpfungsanteil von 60 Prozent des BIP die Leistungskraft gesamtwirtschaftlich gesehen schlicht unverzichtbar.

Wer die Vielfalt der KMU als Ressource stärken will, stärkt die Freiheit und

baut Regulierungskosten ab. Unternehmer müssen selbstständig gute Geschäftsideen umsetzen und bestehende Freiräume ausnutzen können. Umgekehrt müssen sie aber auch die Konsequenzen ihrer Entscheide tragen. Gefragt sind unternehmerische Freiheit und Selbstverantwortung. Das ist dann möglich, wenn die politischen, rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen für möglichst freien Wettbewerb in einem möglichst freien Markt sorgen. Eine gute Ordnungspolitik ist die Voraussetzung für Innovation, höhere Produktivität und damit gesteigerten Wohlstand für alle.

Ein wichtiger Aspekt ist dabei die regulatorische Offenheit, unnötige Regulierungen sind zu vermeiden. Sie binden Kapital und verursachen Kosten und Ausgaben. Etwa für stundenlanges Ausfüllen von Statistiken und Bewilligungen – aufgrund von Vorschriften für die Produktion – oder durch bürokratische Abrechnungen für Mehrwertsteuer und Sozialversicherungen.

Politisch sind unnötige Regulierungskosten deshalb abzubauen und künftige Regeln einzudämmen. Bewährte und erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer können mit ihrem Wissen um die regulatorischen Belastungen KMU-taugliche Lösungen einbringen. Sie bringen hohe Erfahrung und ebenso Glaubwürdigkeit mit, um den politischen Handlungsbedarf für KMU aufzuzeigen. Wer die Vielfalt der KMU stärken will, wählt deshalb die «KMU-Unternehmerliste» der SVP des Kantons Zürich.

«Die SVP ist die KMU-freundlichste Partei der Schweiz»

Fragen an Hans-Ulrich Bigler:

Was motiviert Sie, für die SVP NR-Unterliste KMU / Unternehmerliste zu kandidieren?

Als liberaler und bürgerlicher Ansprechpartner setze ich mich mit vollem Einsatz und engagiert für eine wettbewerbsfähige KMU-Wirtschaft ein: Dadurch werden neue Arbeitsplätze und Lehrstellen geschaffen, die Sozialwerke gesichert und unsere Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland gestärkt. Das gibt der Schweiz Sicherheit und Stabilität.

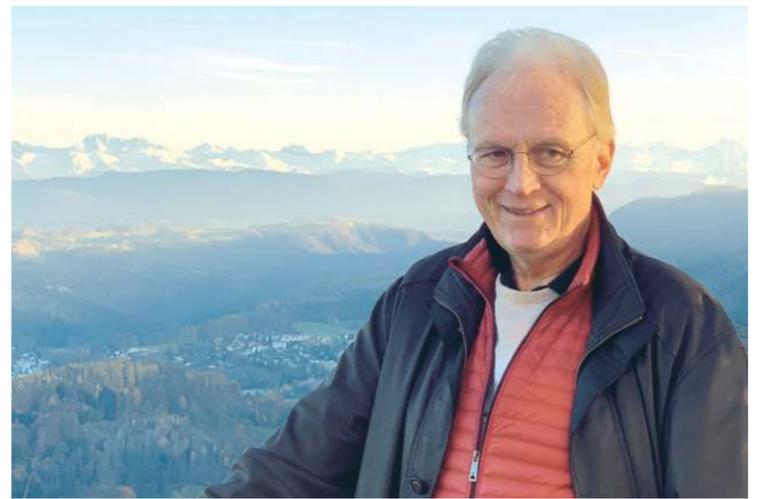
Weshalb braucht es möglichst viele Unternehmer im eidgenössischen Parlament?

Bewährte und erfolgreiche KMU-Unternehmerinnen und -Unternehmer können mit ihrem Wissen um

die regulatorischen Belastungen KMU-taugliche Lösungen einbringen. Sie bringen hohe Erfahrung und ebenso Glaubwürdigkeit mit, um den politischen Handlungsbedarf für KMU aufzuzeigen.

Weshalb ist die SVP für Sie als Unternehmer die richtige politische Heimat?

Die SVP spricht nicht nur von und über KMU, sondern sie unterstützt sie auch ganz konkret in den politischen Entscheidungen. Das Rating des Schweizerischen Gewerbeverbandes hat für die letzte Legislatur im Eidgenössischen Parlament klar nachgewiesen, dass die SVP und deren Exponenten im National- und Ständerat mit Abstand am KMU-freundlichsten gestimmt haben.



Senioren: An die Urne!



Ulrich Schlier, Alt-Nationalrat

Von 1995 bis 2011 am Parlamentsbetrieb beteiligt, dürstet es mich keineswegs nach einer zweiten Karriere in Bern. Meine Kandidatur ist Signal an die Senioren: Eure Stimme ist gefragt! Die Stimmen von allen Senioren! Setzt sie ein am 22. Oktober! Für unsere Nachkommen, für unsere Heimat, für die Schweiz!

Rot-Grün hat abgewirtschaftet: Allzu viele von ihnen haben noch nie auch nur einen einzigen Franken an ihren eigenen Lebensunterhalt verdient. Aber von den Leistungen anderer zehrend, führen sie das grosse Wort. Lautstark verhindern sie, dass die Absage von Volk und Ständen an die überbordende Masseneinwanderung endlich umgesetzt wird. Die Folgen sind verheerend: Der Schulunterricht bricht zusammen, den Spitälern droht der Kollaps, die Sozialhilfekosten explodieren, täglich erleben wir den Zusammenbruch des öffentlichen wie des privaten Verkehrs. Und die Landschaft wird in einem Tempo zubetoniert, wie das keine Generation vor Rot-Grün in unserem Land je ver-

schuldet hat. Sie aber predigen «Verdichtung» – und öffnen alle Grenztor-sperrangelweit!

Demokratie und Gemeinde-Autonomie werden mit Füßen getreten. Funktionäre regieren. Überall. Zum Beispiel im Zürcher Unterland und im Weinland. Dort werden von der rot-grünen Baudirektion derzeit Kornfelder und Wiesen asphaltiert. Und schöne Dörfer von wahren Umleitungs-Organen heimgesucht. Keineswegs für den Bau der seit Jahrzehnten versprochenen Umfahrung Eglisau. Nein, ein Kreisler wird perfektioniert, auf dass sich Autolawinen (täglich zehntausend Grenzgänger in beiden Richtungen!) noch viel rascher und verderblicher in die Dörfer ergiessen.

Niemand hat die Landschaft radikaler zerstört als Rot-Grün

Unsinniger geht's wahrhaftig nicht! Und jede Mitsprache der Bevölkerung wird abgewürgt, ja verlacht. Niemand hat die Landschaft radikaler zerstört als Rot-Grün heute. Aber Verdichtung soll – jede Demokratie verachtend –

weiteren Massen den Weg in die Schweiz öffnen.

Die Energieversorgung ist bedroht. Zürichs rot-grüner Baudirektor will jetzt 120 Windkraftwerke in die Landschaft stellen – an aller Demokratie vorbei. Dass jedes dieser Maxi-Windräder ein Fundament aus 902 Tonnen Beton benötigt – gegossen in Wälder, auf Äcker, auf Wiesen –, verschweigt er. Nur die Städte bleiben davon verschont. Diese alles zerstörende Funktionärsdiktatur muss verschwinden! Ohne Verzug. Dafür müssen auch die Senioren ihre Wahlzettel nutzen – aus Verantwortung gegenüber den Nachkommen, gegenüber den Enkelinnen und Enkeln. Auch ihnen müssen Demokratie und Freiheit erhalten bleiben. Und lebenswerte Landschaften!

Senioren, auch eure Wahlzettel gehören am 22. Oktober 2023 in die Wahlurnen. Schluss mit rot-grüner Bürokratie und Anmassung, Schluss mit rot-grüner Landschaftszerstörung. Allein die SVP kann die verderbliche, täglich von Rot-Grün angetriebene Masseneinwanderung endlich unterbinden.



Die Senioren müssen ihr Wahlrecht nutzen – auch aus Verantwortung gegenüber den Nachkommen, gegenüber den Enkelinnen und Enkeln.



Warum sollten junge Menschen die SVP wählen?



Sandro Strässle, Präsident Junge SVP Kanton Zürich

Vermutlich sollten tatsächlich nicht alle jungen Menschen die SVP wählen – aber die meisten. Es sollten jene jungen Menschen die SVP wählen, die sich Ziele in ihrem Leben gesetzt haben. Jene, die eine Karriere anstreben und davon auch etwas haben möchten. Es sollten jene die SVP wählen, die gerne eine Familie aufbauen möchten und ihre Kinder in gute Schulen und auf sichere Strassen gehen lassen möchten. Nicht zuletzt jene, die ihr Leben gerne nach ihren eigenen Vorstellungen frei gestalten und leben möchten. Denn niemand setzt sich so stark für genau diese Menschen ein wie die SVP.

Es sind die Linken und mittlerweile leider auch immer mehr die Mitteparteien, die andauernd neue teure Projekte ins Leben rufen, die nur einigen Wenigen nützen. Bezahlen lassen sie es sich genau von diesen Menschen, die unsere Gesellschaft tragen, von den Leistungserbringern. Von den Ar-

beitern und Kleinunternehmern – vom Mittelstand. Jeder, der daran interessiert ist, sich eine Existenz aufzubauen und nicht immer mehr von seinem hart erarbeiteten Einkommen abzugeben, sollte die SVP wählen. Wir kämpfen seit Jahren, mehr als alle anderen, für den Mittelstand.

Multikulti ist gescheitert

Ich selbst stamme aus Dietikon und bin nun in einer Altersgruppe, in der viele an die Familiengründung denken oder Kinder haben, die bald in den Kindergarten und zur Schule gehen werden. Dass nur wenige ihren Nachwuchs gerne in Dietikon zur Schule schicken möchten, ist für mich schon lange nicht mehr neu. Dass ich das Gleiche nicht nur aus Dietikon, sondern aus praktisch jeder nur mittelgrossen Gemeinde höre, dagegen schon. Der Grund ist überall derselbe: Der Anteil an Schülern, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, ist dermassen hoch, dass ein qualitativer Unterricht nicht mehr möglich ist. Wohlgermerkt: Ich ging in eine Klasse mit 23 Schülern aus 13 Nationen, davon zwei Schweizer – jeder Schüler sprach Deutsch. Doch selbst meine da-

maligen Mitschüler aus den 13 Nationen wollen ihre Kinder nicht mehr in Dietikon zur Schule schicken. Gegen diese Zustände wehrt sich einzig die SVP. Die Linken versagen hier seit Jahrzehnten auf ganzer Linie.

Gleichzeitig wehrt die SVP seit Jahren die Angriffe auf die Freiheit der Bevölkerung fast im Alleingang ab – nicht immer mit Erfolg. Doch genau deswegen muss man die (J)SVP wählen und stärken. Gerade als junger Bürger, der auch in Zukunft Auto fahren, in die Ferien fliegen und Fleisch essen möchte, ohne sein gesamtes Einkommen als Steuern und Abgaben abliefern zu müssen.



«Für uns Junge ist die Freiheit einer der wichtigsten Grundwerte»

Fragen an Sandro Strässle:

Was motiviert Sie, für die SVP NR-Unterliste JSVP zu kandidieren?

Wir haben sehr viele motivierte Kandidaten, ich darf hier mit einem wirklich tollen Umfeld arbeiten. Unsere Kandidaten stammen aus allen Regionen – vom Land, aus der Agglomeration und der Stadt. Wenn ich mir nur schon die Berufe auf der Liste ansehe, haben wir unglaublich viele Hintergründe und Kompetenzen zu bieten.

Vielmehr als meine eigene Kandidatur motiviert es mich, den Wahlkampf zu organisieren. Die SVP ist die mit Abstand grösste Partei und braucht kompetenten Nachwuchs. Ich will für die Kandidaten einen tollen Wahlkampf vorbereiten und ihnen möglichst die Erfahrungen ermöglichen, die sie für zukünftige Wahlen auf kommunaler und kantonaler Ebene brauchen.

In jüngster Vergangenheit haben v. a. die «Klimakleber» oder «Fridays for Future»-Aktivisten auf sich aufmerksam gemacht. Man könnte fast meinen, alle jungen Leute seien links. Was sagen Sie als Präsident der JSVP des Kantons Zürich dazu?

Diese Aktivisten repräsentieren – glücklicherweise – nicht die junge Generation. Sie stellen nur eine sehr kleine, aber auch sehr laute Minderheit dar. Die junge Generation will in erster Linie ihre Freiheiten ausleben können – da gehören auch Autofahren und Flugreisen dazu – das komplette Gegenteil der Propaganda der Aktivisten. Da ist

die SVP definitiv die bessere Wahl, das konnte man auch während der Pandemie gut beobachten. Die Jungen haben ihre Freiheiten viel stärker gewichtet und standen den Einschränkungen kritischer gegenüber.

Ich würde sogar sagen, dass die JSVP die Freiheiten sogar noch stärker gewichtet als die SVP. Bei gewissen Themen, wie z. B. dem Cannabiskonsum, sind die meisten offener eingestellt – wir setzen auch hier auf Eigenverantwortung statt auf Verbote.

Die JSVP des Kantons hat erst vor kurzem ihre eigene «Anti-Chaoten-Initiative» eingereicht. Was ist der aktuelle Stand der Initiative und was können wir in Zukunft von der JSVP erwarten?

Die Initiative wird uns sicherlich noch einige Zeit beschäftigen. Im Herbst wird die Initiative im Kantonsrat behandelt – wir rechnen 2024 mit der Abstimmung. Mit der Initiative haben wir wohl ins Schwarze getroffen. Wir fordern nichts anderes als eine Selbstverständlichkeit, wer will schon gleichzeitig von einer unbewilligten Demonstration blockiert werden und dann auch noch den Polizeieinsatz mit seinen Steuern bezahlen.

Vor diesem Widerspruch kann sich auch die Regierung nicht mehr drücken. Plötzlich werden Bewilligungen eingefordert und sogar teilweise Kosten verrechnet. Auch der Gegenvorschlag des Regierungsrates zeigt, dass nichts zu tun, keine Option mehr ist.

«Sehr viele Secondos wählen die SVP, die Partei überzeugt inhaltlich»

Fragen an Alessandro Pecorelli:

Was motiviert Sie, für die SVP NR-Unterliste Secondos zu kandidieren?

Für den Nationalrat kandidieren zu können, dann noch bei der mit Abstand grössten Partei der Schweiz, ist eine Ehre. Eigentlich braucht dies keine zusätzliche Motivation. Natürlich freut es mich aber auch, als Secundo Stellung zu nehmen und dem Klischee «ausländerfeindlich» etwas den Wind aus den Segeln zu nehmen. Denn die SVP hat viele Wähler, die Secondos oder Eingebürgerte sind. Ich will, dass es noch mehr werden, und hoffe, dies mit meiner Kandidatur zu erreichen.

Weshalb ist die SVP für Sie als Secundo die richtige politische Heimat?

Die Werte der Partei und meine Werte überschneiden sich nun mal am

allerbesten. Klar gibt es Themen, bei denen ich evtl. weniger engagiert bin und es gab sicher auch schon Themen, bei denen meine Meinung und die Meinung der Partei komplett unterschiedlich waren, aber genau das macht eben die SVP aus. Diskussionen, Austausch, Mischung von Ideen und Ansichten. Secondos passen perfekt in die SVP.

Worauf sind Sie als Secundo in der Schweiz besonders stolz? Wo sehen Sie die aktuell grössten Probleme für unser Land?

Dass wir eine direkte Demokratie sind. Eine echte Demokratie. Dass es uns egal ist, ob man im Ausland über uns spottet. Dass wir unseren Weg vertreten, weil wir glauben, dass dies richtig und wichtig ist. Ich bin enorm stolz darauf, im Ausland unser Land und unsere Werte zu vertreten. Ich kann zwar nicht jodeln, aber korrekt, ehrlich und pünktlich Geschäfte tätigen. Etwas, was man von einem Schweizer erwartet.

Das grösste Problem für unser Land sehe ich in der wachsenden Gleichgültigkeit und Heuchelei in der Bevölkerung. Immer mehr Menschen in der Schweiz sind «wohlstandsverwahrlost» und haben den Boden unter den Füßen verloren. Sie wissen nicht mehr, woher das Essen kommt, wie Dinge funktionieren und am allerschlimmsten, sie ziehen Komfort ihrer Freiheit vor. Das ist brandgefährlich.

Warum Secondos SVP wählen



Alessandro Pecorelli, Spitzenkandidat Secundo-Liste

Natürlich kann ich nicht für alle Secondos sprechen, die SVP wählen, doch für mich und viele andere Secondos ist die SVP die einzige Partei, die sich für eine stabile und sichere Schweiz nach Schweizer Werten einsetzt. Genau das, wofür unsere Eltern ja in die Schweiz gekommen sind. Die SVP ist nicht ausländerfeindlich, im Gegenteil. Wenn man ehrlich ist, hart arbeitet und sich integrieren will, gibt es absolut nichts zu beanstanden. Die meisten Secondos sind das.

Was viele Secondos aber nicht sind, ist «wohlstandsverwahrlost».

Viele haben Eltern, die selbst Armut erlebt haben und wissen, wie wichtig eine gesunde Wirtschaft und starke Unabhängigkeit ist. Die Kinder nehmen das unbewusst auf und lernen, dass gar nichts selbstverständlich ist. Viele haben noch Familienmitglieder in ihren Heimatländern, denen es finanziell weniger gut geht als ihnen.

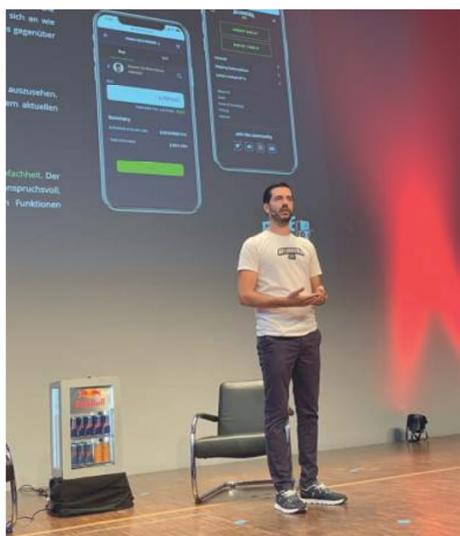
Sicherlich fühlen sich auch viele Secondos von der linksextremen Politik, die – so scheint es zumindest – unsere demokratischen Werte angreift, nicht angezogen, sondern bedroht. Das krankhafte Indoktrinieren der Gesellschaft durch das links-grüne Lager scheint bei vielen Secondos auf taube Ohren zu stossen. Denn viele von ihnen wurden in der Kindheit dazu angehalten, Dinge zu hinterfragen und nicht alles zu glauben, was ihnen erzählt wird. Egal von wem. Wer das tut, befindet sich heute sofort und automatisch im rechten Lager.

Viele Secondos bevorzugen, trotz permanenter Kritik aus dem linken Lager, heute noch immer das Auto gegenüber dem Velo, Kuhmilch gegenüber Hafermilch und das Flugzeug gegenüber dem Zug. Ganz ehrlich, vor 20 Jahren hätten vielleicht viele Secondos eine

«Mitte»-Partei gewählt. Heute aber geht das nicht mehr. Die SVP ist die einzig verbleibende Partei, die noch für Balance in dem globalisierten Chaos sorgt. Die einzige Partei, die nicht der Mode und dem Druck nachgibt, nur weil es gerade den kurzzeitigen Zeitgeist befriedigt. Bei der SVP ist eine eigene Meinung noch erlaubt und sogar gewünscht.

Mir wurde mal von einem Secundo gesagt, in der Schweiz ginge alles etwas langsamer und teilweise nerve dies. Er würde es jedoch nicht anders haben wollen. Denn so verhindern wir, dass wir jeden Mist, der sich später als Fehler herausstellt, mitmachen, nur weil dieser gerade im Trend ist. Verpassen tue man selten bis gar nie etwas.

Ich finde, er hat den Nagel auf den Kopf getroffen.



Nur bürgerliche Politik bringt Wohlstand



Alt-Nationalrat **Claudio Zanetti**, Gossau

Traum von grösstmöglicher individueller Freiheit träumten, gebe es nur jene, die auf die Abfallhalde des Totalitarismus zusteueren, indem sie die Freiheit der Sicherheit opferten. Tatsache ist jedenfalls, dass Politik nur zu mehr oder weniger Freiheit führen kann. Der Staat kann das private Eigentum schützen oder er kann sich daran vergreifen und zu einer grossen Umverteilungsmaschine verkommen.

Was politische PR angeht, können wir viel von den Linken lernen. Sie haben es fertiggebracht, den Begriff «rechts» in Verruf zu bringen und sich selbst als progressiv, als fortschrittlich zu positionieren. Eine Meisterleistung!

Der Blick auf die Resultate ergibt freilich ein anderes Bild: Je linker die Politik eines Landes und je länger sie andauert, desto schlechter geht es den Bürgerinnen und Bürgern und damit der gesamten Volkswirtschaft. Das Buch über die Länder, in denen Sozialismus funktioniert hat, besteht aus einem leeren Blatt. Wie im Feldversuch können wir gerade in Deutschland beobachten, wie schnell es gehen kann, bis der Abstieg spürbar einsetzt.

Man mag darüber streiten, ob «Rechts» und «Links» noch taugliche Kategorien seien. Ronald Reagan war beispielsweise der Ansicht, es gebe nur noch «oben» und «unten». Neben den Menschen, die den uralten

In welche Richtung sich die Waage neigt, kann schon von wenigen Stimmen abhängen. Nach Jahrzehnten verlässlicher, bürgerlicher Politik, die der Schweiz Wohlstand und Stabilität bescherte, geht diesen Herbst die erste Legislaturperiode zu Ende, in der die Ratslinke klar den Ton angibt. Sie kann sich auf die sogenannte «Mitte» verlassen, die sich damit rühmt, bei Abstimmungen am häufigsten zu den Siegern zu gehören. Lenin nannte diese Sorte von Politikern «nützliche Idioten».

Mehr Freiheit oder mehr Staat?

Alle wichtigen Fragen unserer Zeit – Corona, Klima, europäische Einigung oder die Zukunft des Bargelds – lassen sich auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen individueller Freiheit und dem Machtanspruch der Regierenden zurückführen. Dass mittlerweile Politiker und Funktionäre sogar aufgrund einer bloss behaupteten Gefährdung über den Ausnahmezustand bestimmen und sich lässig über klares geschriebenes Verfassungsrecht hinwegsetzen,



macht deutlich, dass das Schweizer Stimmvolk nicht mehr länger «der Souverän» ist. Der Staat hat immer mehr Kompetenzen an sich gezogen und so die Freiheit des Einzelnen eingeschränkt. Mittlerweile kontrolliert er über die Besteuerung und Umverteilung rund die Hälfte des Volkseinkommens und damit der Ressourcen, der Produkte und der Dienstleistungen. Und er wird weiter wuchern.

«**Je linker die Politik eines Landes und je länger sie andauert, desto schlechter geht es den Bürgerinnen und Bürgern und damit der gesamten Volkswirtschaft.**»

Im Gegensatz zum Sozialismus beruht bürgerliche Politik nicht auf einer Ideologie. Wohl aber auf der Überzeugung, dass eigenverantwortliche Entscheidungen mündiger Indi-

viduen, die sich in einem ständigen Wettbewerb behaupten müssen, auch für das Gemeinwesen bessere Resultate hervorbringen als zentrale Steuerung. In sozialistisch-zentralistischen Systemen hat Wettbewerb

keinen Platz. Dort werden selbst Ethik und Moral von den Herrschenden diktiert. Und wer sich im Besitz der letzten Wahrheit wähnt, wird nicht zögern, seine Vorstellungen auch mit Gewalt durchzusetzen.

Der Kampf für die Freiheit der Schweizer Bürger hat vor über 700 Jahren begonnen. Doch dieser Kampf ist nie zu Ende. In den vergangenen Jahren hatte das sozialistisch-zentralistische Lager Oberwasser.

Die SVP muss alles daransetzen, die von diesen Kreisen eingeleiteten Fehlentwicklungen zu korrigieren.

So wählen Sie richtig für eine sichere Zukunft in Freiheit!



1

Nationalratswahlen: Die Liste 1 SVP abtrennen. Übrige Listen ins Altpapier werfen. Achtung: Nur eine Liste (Liste 1 SVP) verwenden. Sonst ist Ihre Stimme ungültig!



2

Ständeratswahlen: Gregor Rutz (SVP) und Regine Sauter (FDP) auf den leeren Wahlzettel für den Ständerat schreiben.



3

Den Stimmrechtsausweis unterschreiben. Sonst ist Ihre Stimme ungültig!



4

Die unveränderte Liste 1 SVP für den Nationalrat und den ausgefüllten Wahlzettel für den Ständerat in das kleine Couvert legen, dieses verschliessen.



5

Das kleine Couvert ins Wahlcouvert legen.



6

Den Stimmrechtsausweis ins Wahlcouvert legen.



7

Den Stimmrechtsausweis so ins Wahlcouvert legen, dass die Adresse der Gemeinde vorne ersichtlich ist.



8

Das Wahlcouvert rasch auf die Post bringen. Ab Mittwoch, 18. Oktober, nicht mehr brieflich wählen! Ab dann das Wahlcouvert nur noch in den Gemeindebriefkasten werfen oder am 22. Oktober zur Urne bringen.

Bitte spenden

Für die Verteidigung unserer freien Schweiz und für eine sichere Zukunft in Freiheit sind wir auch auf Ihre Spende angewiesen! Besten Dank!

CH17 0900 0000 8003 5741 3

SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf (Vermerk «Spende»)

Für eine sichere Zukunft in Freiheit:

Am 22. Oktober SVP wählen!



Die Partei des Mittelstandes

svp-zuerich.ch